

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 3. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Raupost-Anzeige ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Die erste Sitzung in Paris.

Ein mündlicher Vortrag Bergmanns einstimmig abgelehnt.

Paris, 2. Januar. (WIB.) Die erste Sitzung der Inter-

Paris, 2. Januar. (GE.) Der Gang der heutigen Verhand-

Von allen im allgemeinen wenig aufsehenerregenden Mel-

Diese Nachricht wird in Deutschland insofern stark ent-

Es hat gar keinen Zweck, etwas zu verhehlen, was ein

Freilich ist damit das Spiel für Deutschland noch keines-

Mit Behmut müssen wir in dieser Stunde an die Tage

Heute lebt Walter Rathenau nicht mehr, weil ihn deutsch-

Staatssekretär a. D. Bergmann ist gestern vormittag, vom

Poincarés Programm.

Gegen 1/1 Uhr nachts lief der Anfang des offiziellen Textes des

Paris, 2. Januar. (WIB.) Havas veröffentlicht den Wortlaut des

Arbeitsprogramm.

das die französische Regierung zu begründen, im einzelnen näher

Es umfasse: 1. den Versuch, eine Lösung der Reparations-

2. Die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Sta-

3. Sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte

nicht das mindeste Vertrauen

Die französische Regierung erkläre, daß sie nicht geneigt

Dieser Anteil sei ja schon heute unzulänglich, um die

Ein offizielles Dokument der englischen Regierung

Neujahrsgruß aus Amerika.

Von Dr. Reinhard Siederer, Heiliger Kultusminister i. R.

Toronto (Kanada), im Dezember.

Es drängt mich, Freunden und Mitarbeitern einen Gruß

Als ich von daheim abreiste, der Einladung amerikanischer

Ich bin jetzt zwei Monate in New York, Philadelphia und

Die deutschamerikanische Presse ist nicht „die“ deutsch-

Wir haben also wahrhaftig gar keinen Anlaß, unsere neue

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

nicht. Eine Unterredung mit einem englischen Universitätsprofessor schloß mit dessen Aeußerung: „Deutschlands Aufgabe, wie sie in der neuen Verfassung zum Ausdruck kommt, ist so schwer, wie sie noch kein Volk in der Weltgeschichte gehabt hat. Wenn aber Deutschland mit der Bewirklichung seiner neuen Verfassung fertig wird, wird es der Eckstein des europäischen Friedens sein.“

Mit der Alkoholfraße steht es ähnlich. Die albernen Märschen von der Vermehrung der Trunksucht, von den schweren Schäden der Prohibition, werden durch den Augenschein ebenso wie durch eine gewissenhafte Statistik widerlegt. Bewußt hat das Gesetz und seine Durchführung noch manche Lücke. Aber seine hundertjährige Vorgeschichte und seine vielfach gerade von deutschen Gelehrten gegebene wissenschaftliche Begründung garantiert den Bestand. Das Ergebnis der Kongresswahlen, von den Alkoholinteressenten vielfach entstellt wiedergegeben, gefährdet die Prohibition nicht. In den dunkelsten Vierteln der Großstädte haben sich die Kneipen in Läden und Wohnungen verwandelt. Nir ist bis jetzt noch nicht ein einziger Betrunkener begegnet. Dagegen konnte ich überflüssig gewordene Trinkerheilanstalten, Alkoholfrenkenhäuser und Gefängnisse selbst feststellen. Es gibt auch keinen nationalökonomisch gebildeten Deutschen, der seine Augen vor der Bedeutung dieser Tatsache der prinzipiellen Freiheit dieses großen Volkes vom Alkohol verschloße. Ferner sind die deutschen methodistischen und baptistischen Gemeinden wärmste Verfechter des Prohibitionsgebans, und sie sind in einem allgemein unter kirchlichem Einfluß stehenden Land wie Amerika von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Für die moralische Wiederaufrichtung Deutschlands unter den Völkern sind sie jedenfalls mehr wert, als die sich isolierenden und dadurch selbst ausschaltenden hierpolitisch-monarchistischen Kreise.

Erschütternd wirkt immer wieder der Gedanke, wie anders heute Deutschlands Situation wäre, wenn es durch eine klügere Politik dieses Land hier mit seinen ungeheuren Kräften dem Kriege fernzuhalten verstanden hätte. Aber die rechtzeitigen Warnungen fanden ja leider bei unserm Lubendorff und Genossen blinde Augen. Und hier wundert man sich nur, daß so falsche, leichtsinnige Propheten wie die Hergt oder Helferich trotz allem ihre politische Rolle vor einem großen Teil unseres Volkes immer noch nicht ausgespielt haben. Für Bethmann Hollwegs guten Willen und richtige Auffassung habe ich hier gerade auch unter Deutschamerikanern manches anerkennende Wort gehört. „Wir taten, was wir konnten“, sagte mir ein guter Deutscher hier, „aber die Kriegspolitik Lubendorffs mutete uns zu viel zu. Wir sollten zehn gegen Neunzig die amerikanische Kriegspolitik verhindern. Das war ein Zusammenprall, bei dem wir unter die Räder kommen mußten.“

Und in der Tat, das Deutschtum hat einen schweren Stoß bekommen. Es wird keine ganz einfache Aufgabe sein, es einigermaßen zu rehabilitieren. Das „Wie“ im einzelnen zu erörtern, würde zu weit führen. Nur soviel im allgemeinen: Die geistig-kulturellen Werte müssen auch hier neben oder sogar vor den wirtschaftlichen helfen, und nicht trotzige Isolierung, sondern nur verständnisvolle Mitarbeit an den Kulturzielen der anderen Völker wird die neue Eingliederung Deutschlands in die weltgeschichtlichen Zusammenhänge der Gegenwart ermöglichen. Hier hätte die deutsche republikanische Regierung große und schöne Möglichkeiten, von denen aber bisher noch keine richtig erkannt worden zu sein scheint. Unsere Botschaft in Washington kostet uns Milliarden. Sie ist noch stark auf das Repräsentative zugeschnitten. Wir könnten hier große Summen einsparen und trotzdem erheblich viel mehr für die deutsche Republik leisten, wenn wir die repräsentativen Kräfte durch wirklich aktive Erlehten und von ihnen nach allen Seiten hin in Presse, Kirche, Vereinsleben, Alkoholbekämpfung usw. nicht nur sachkundige, sondern auch psychologisch feinfühligere Belebung und Anregung ausgehen ließen. Man muß hier auch einmal hören, was für wahnsinnige Summen auf amerikanischem Boden für eine kindisch-törichte Kriegspropaganda ausgegeben

wurden und zum Teil in den Taschen einzelner hängen blieben, um die ganze Unwahrscheinlichkeit jener Schildhalter des alten Regimes zu ermessen, die der republikanischen Regierung Verschwendung und Futtermittelswirtschaft vorwerfen.

Alles in allem: Die deutsche Republik soll nur erst einmal sich selbst wirklich ernst nehmen, dann wird sie auch von den anderen bald ernst genommen werden. Ohne das aber bleibt alles Bemühen um moralischen wie materiellen Kredit in der Welt vergeblich. Die amerikanische Presse beurteilt den Ersatz Wirths durch Herrn Cuno absolut nicht als eine erwünschte Verschiebung nach rechts, sondern als neue Erschütterung der deutschen Republik, als neues Fragezeichen hinter der Weimarer Verfassung, ja als neues Spiel mit dem Feuer und Sturz in das Chaos. Discite moniti! Vernt, nachdem ihr wirklich genugam gewarnt wurdet!

## Poincarés Reparationsplan.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Wenn gewisse Gläubiger Frankreichs geneigt wären, sich diesem Modus anzuschließen, wäre die französische Regierung bereit, ihnen von ihrem Anteil an den Obligationen C schon heute ein Nominalkapital in Höhe des Nominalbetrages ihrer Schuld zu übergeben. Die französische Regierung erklärt sich bereit, die Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen in Zahlung erhielt, zu annullieren, wenn dieser Modus von den europäischen Mächten insgesamt akzeptiert würde und wenn diejenigen unter ihnen, die Gläubiger sind, gleichfalls sich entschließen, die Obligationen C, die ihnen übergeben würden, zu annullieren.

Was die Zahlungsmodalitäten für die deutsche Reparationspflicht anlangt, so wie sie durch das Zahlungsstatut festgelegt seien, oder so, wie sie unter den oben angeführten Bedingungen sich in herabgesetzter Form gestalten würden, so stehe die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß es im gemeinsamen Interesse der Alliierten und Deutschlands liege, die Bezahlung dieser Schuld in einem beschränkteren Zeitraum

zu sichern als dem zurzeit für die Tilgung der Obligationen A und B vorgesehenen. Die französische Regierung gesteht insoweit zu, daß die vorweg genommenen Zahlungen, die Deutschland leisten würde, bis zu einem noch zu bestimmenden Datum ihm zu einem der Billigkeit entsprechenden Satz diskontiert werden müßten. Da derartige Zahlungen augenblicklich von Deutschland nur in annehmbarem Maße von dem Ergebnis der von ihm aufgegebenen äußeren Anleihe geleistet werden könnten, glaube die französische Regierung, daß die alliierten Regierungen durch alle in ihrer Macht befindlichen Mittel die Emission dieser Anleihen begünstigen müßten. Sie glauben übrigens, daß in einer sehr nahen Zukunft derartige Anleihen möglich seien und schon jetzt für einen beschränkteren Anleihebestand in Deutschland

### wirksame Sicherheiten

gefunden werden könnten, und daß diese wirksam vom Garantieausfluß kontrolliert werden könnten, dem gemäß den Bestimmungen des Londoner Zahlungsplanes Vertreter der Anleihezeichner beigegeben werden könnten.

Kurz vor 1 Uhr wird uns mitgeteilt, daß der Schluß der Poincarés Denkschrift in Berlin noch nicht vorliegt. Wir werden den Schluß in unserer Abendausgabe veröffentlichen.

### Poincarés Begrüßungsansprache.

Paris, 2. Januar. (Coa.) Dem „Straitszeitung“ zufolge wurde die Pariser Konferenz heute um 2 Uhr durch eine Rede Poincarés eröffnet. Der Ministerpräsident habe zunächst betont, daß die Alliierten bereits allzu lange ihre Entscheidungen auf einem psychologischen Irctum aufbauen. Dieser bestehe darin, daß sie glauben, Deutschland nehme jeden neuen Plan, jede neue Entscheidung der Alliierten, jedes Konferenzresultat mit dem Wunsche an, es auch auszuführen. Das sei aber eine vollkommen verkehrte Ansicht. Man müsse insobedessen das System wechseln, und dann könne Deutschland den neuen Plan nicht mehr zum Scheitern bringen. Alsdann legte Poincaré seinen Plan vor. Diesem Plan folge die Darlegung, inwiefern sich Deutschland der Ausführung der Klausel des Versailler Vertrages widersetze. Poincaré kam dann auf die Verletzung Deutschlands zu sprechen und auf die Umstände, unter denen sie festgestellt worden sind.

## Bonar Law über sein Projekt.

Paris, 2. Januar. (Coa.) Bei einem Empfange englischer Pressevertreter erläuterte Bonar Law eingehend die englischen Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems. Er machte dabei die wichtige Mitteilung, daß England nicht in der Lage sei, auf alle seine Forderungen gegenüber den übrigen Alliierten zu verzichten, daß es vielmehr von den alliierten Schulden nur soviel annullieren könne, als es selbst von Deutschland an Zahlungen erhalten werde. Die Pfänder, die Frankreich vorgeschlagen habe, betrachtet Bonar Law als nicht produktiv. Uebrigens sei diese Gelegenheit nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Es möge nichts unternommen werden, was Deutschlands Lage noch mehr verschlechtern werde. England sei jedenfalls bereit, zu einem Einvernehmen mit Frankreich zu gelangen, doch hänge dies nicht ausschließlich von den Regierungen ab, sondern auch von der öffentlichen Meinung, die durch die Vertreter der Presse nicht beunruhigt werden dürfe.

Den „Daily News“ zufolge entspricht der von Bonar Law gestern offiziell unterbreitete Plan genau den bereits in der Presse veröffentlichten acht Punkten. Der „Observer“ hatte übrigens am Sonntag diese acht Punkte als Bonar Laws Minimum bezeichnet.

Poincarés Plan ist gestern vor der Eröffnung der Konferenz in einem Ministerrat unter Millerands Vorsitz dargelegt und einstimmig gebilligt worden.

### Der erwartete Gegenjah.

Finanzminister de Lasteyrie erklärte einem Vertreter der „Est-Europe“, er glaube, daß die Ansichten Poincarés und Bonar Laws in der Reparationsfrage noch sehr weit auseinander gingen. Diese Auffassung scheint übrigens auch in einer Vorbesprechung mit Bonar Law und Curzon zur Geltung gekommen zu sein. Daraus erklärt es sich nach Ansicht politischer Kreise, daß Poincaré und de Lasteyrie um eine sofortige Audienz bei Millerand nachsuchten, um dessen Ansichten in der Reparationsfrage einzuholen und die endgültige Stellungnahme der französischen Regierung festlegen zu können.

## Kein Ersatz für Sanktionschäden.

Die von deutschen Staatsangehörigen im besetzten Gebiet an die alliierten Mächte gemachten Leistungen werden der deutschen Regierung gutgeschrieben und von ihr den deutschen Staatsangehörigen zurückerstattet. Eine Ausnahme besteht in bezug auf die Erstattung von Sanktionschäden. Die Rheinlandkommission hat dem Reichs- und preussischen Staatskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, die Erstattung der Sanktionsleistungen könne nur mit Einwilligung der an der Londoner Konferenz vom 7. März 1921 beteiligten Regierungen erfolgen, da die Abgaben in Ausführung der von diesen Regierungen getroffenen Anordnungen erhoben würden und ihre Rückerstattung geeignet sei, die Entscheidungen der Londoner Konferenz umzustößen. Das die Erstattung anordnende Schreiben des Reichsfinanzministers könne vorläufig im besetzten Gebiet nicht zur Anwendung kommen, und sie ersuche daher, die Poststellen anzuweisen, bis auf weiteres jede Rückerstattung auszusetzen. Die maßgebenden deutschen Instanzen haben Verhandlungen eingeleitet, um eine Aufhebung dieses Entschlusses der Rheinlandkommission herbeizuführen.

Daß die rechtswidrigen Sanktionen deutsche Privatpersonen schädigen sollen, war bisher noch nicht so offen zugegeben worden.

## Türkische Sonderfriedensschlüsse?

Konstantinopel, 2. Januar. (Reuter.) Die aus Angora vorliegenden Nachrichten scheinen eine starre Haltung der Angoraregierung anzudeuten. Die Nationalversammlung von Angora hat eine sechsstündige geheime Sitzung abgehalten, in der die Lausanne Verhandlungen erörtert wurden. Ismet Pascha soll instruiert worden sein, auf der unveränderten Aufrechterhaltung des Nationalpaktes zu bestehen und mit den Mächten, die bereit sein würden, die Bestimmungen dieses Paktes zu unterschreiben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

## Unser neuer Roman.

Die Distanz der Gegenwart zum Weltkrieg ist (zeitlich und geistig) noch eine so geringe, daß die Mehrzahl derer, die ihn überlebt haben, sich bemüht, ihn zu vergessen. Nur jene, denen der Werd Erfüllung bedeutete, denen seine Wiederkehr Sehnsucht bedeutet, die uniformierten Strategen der Etappe und die zitternden Bierbank halten an der blutigen Bergangenheit fest, die ihnen eine glänzende scheint. Kein Wunder: uns, die Ueberreste des Kanonenfutters, schmerzt jede Berührung der kaum vernarbten Wunde. Die Medaillen des Lubendorff tun ihm nicht mehr, wenn er sie kitzeln läßt. . . .

Wenn aber die Gestaltung eines vierjährigen Menschenlebens so stark ist, daß es unsere Distanz zum Weltkrieg erweitert, wenn der Schmerz durch seine Unmittelbarkeit potenziert fühlbar, durch die Form, in der er wieder auslebt, künstlerisch gemildert wird, — dann empfinden wir die Erinnerung an das Weltleid sogar als heilige Pflicht. Solange jene mit ihren Medaillen kitzeln, müssen wir unserer Wunden gedenken.

Bewußt hat der Roman „Drei Soldaten“ nicht nur seinem künstlerischen Wert, sondern auch seiner menschlichen Unmittelbarkeit die große Beliebtheit zu verdanken. Er hat in Amerika „Aufleben“ erregt — so äußert sich drüber auch ein künstlerisch ehrlicher Erfolg. In Europa wird die Begeisterung für John dos Passos — der Verfasser ist Amerikaner spanischer Abstammung — stiller, aber ebenso warm sein. Zum erstenmal wird hier mit der Buge von der „freien Demokratie des Westens“ ausgeräumt. Wir erfahren, daß die Bestialität des amerikanischen Militarismus gelegentlich jene unseres heimischen noch übertrifft. Der große Vorzug dieses Romans ist ein ungewollt pädagogischer: er lehrt, daß jeder Militarismus Mitleid und Gewalt ist; daß der amerikanische Kapitalismus seine Opfer genau so behandelt, wie der deutsche uns. Er erzählt nicht nur das Schicksal dreier amerikanischer Soldaten, sondern das aller Soldaten der Welt, ohne Unterschied der Uniform. Wir sehen: ob einer Kaski oder Feldgrau trug — er war das Opfer der Kanonenkönige, ihrer Zeitungen, ihrer Theater, ihrer Propaganda. Unsere Kriegspriester delogen uns in deutscher Sprache, die amerikanischen logen laut englisch. Knechtschaft, Hunger, Wunden und Tod haben wir alle gleich gelitten. Jeder Kriegsteilnehmer liest in den „Drei Soldaten“ seine eigene Geschichte. John dos Passos stellt die große internationale Einheitsfront des „Kanonenfutters“ her.

Die Tendenz ist nicht beabsichtigt und nicht ausgesprochen. Der Krieg ist nicht Inhalt, sondern Hintergrund. Er wird nicht geschildert, er macht nur das Schicksal des einzelnen typisch und allgemein. Er bildet nicht „die Handlung“. Die „Handlung“ dieses Romans ist das große gemeinsame Leid des Proletariats, der wehrlosen der Bürgerschaft des Kapitalismus ausgeliefert ist.

Die Silbersterpremiere im Schauspielhaus brachte des schon sehr lange verstorbenen Angehins „Fest der Handwerker“ und Osh Brenners „Pösterabend“. Glasbrenner hat Angeln einmal eine „keine dramatische Heulgedre“ genannt, die „die Felder des guten Schmachts permittet“. Auf uns wirkt er nicht mehr demütigend, weil wir seine Sünden gegen den guten Schmach schon

## Silvesterfahrt in den Harz.

Von Bruno Frei.

Der verbildete Städter steht vor den launig geformten Felsenungeheuern auf dem Harzplateau und wundert sich, daß alles genau so aussieht wie auf den Bildern im Geologielehrbuch. Er geht die We entlang und denkt an ihre adlige Abkunft.

Ich bin die Prinzessin We  
Und wohn' auf dem Eisenstein.

Aus dem abendlichen Nebel strecken schwarze Kiefernstämme ihre Arme — gespenstisch verzerrt — in die Finsternis. Der Spud der Walspurgisnacht läßt sich nicht bannen. Verirrt in Schnee und Nebel, abseits von gebahnten Wegen, ein wenig bedrückt, ein wenig bangend, entdeckt er den Wald in seiner winterlichen Einamkeit. Er versteht im Angesicht des Nieselregens die Frage der Philosophen, ob denn die Dinge ein Dasein für sich außer ihrem Hiersein für uns haben, ob der Wald lebt, wenn ihn kein menschliches Auge sieht — und die noch größere Frage, ob er ebenso lebt, wie ihn das menschliche Auge sieht. Ob der Wald auch für sich allein ein Wald ist? Dann erinnert er sich aber der photographischen Aufnahmen in dem Schaufenster der Eisenburger Andenhandlung. Die philosophischen Zweifel schwinden. „Die Natur ist sich ewig gleich. . .“ sagt er dann.

Ist sie es aber auch wirklich? Sie ändert sich langsam. Seit der letzten Auflage des Geologielehrbuches hat sie sich nicht verändert, wenigstens nicht merklich. Die Menschen aber und ihre Kreise und Zirkel haben sich merklich geändert. Die Natur braucht etwas mehr Zeit, um mit den Eiszeitgletschern die Mark glattzurufen, als wir brauchen, um den König von Preußen davonzujagen. Mehr läßt sich nicht sagen. Aber, wer weiß, was Zeit ist? Eine Neuauflage des Geographiebuches ist notwendig geworden, weil aus Königreichen Republiken wurden. Die Geologiebücher reichen aber noch für eine Weile. Das ist alles. Aber im Fluß ist jegliches Ding: der Ostfoks, die Weltanschauungen und die Pfänder in der Pfandheinstalt.

Der Prinz zu Stolberg-Bernigerode hatte früher eine eigene Leibgarde von fünfzehn Mann, denn er war ein Potentat. Heute hat er sie nicht mehr. Heute ziehen zu mitternächtlicher Stunde sozialistische Wanderregal durch das altertümliche Städtchen und singen die „Internationale“ vor dem Rathaus auf dem Marktplatz, so daß die geschnittenen Fragen auf dem Gesimse des Fachwerks ihr Orlnsen einsteifen und sich entsehlige Geheimnisse zuraunen. Man erwartet, daß sich die Fenster, wie in einer Theaterdecoration, öffnen und daß erschreckte Schlafmühen ob des rotfahigen Frevels nach dem Rechtsdichter rufen.

Man muß nur die Sache richtig verstehen. Berlin ist nicht Deutschland, die Wanderregal sind nicht Zeitgenossen des Klein-

bürgertums von Halberstadt. Zeitenwende ist. Ein Riß geht durch die Völker der einzig einen Erde, ein Riß durch die Städte jedes Landes, ein Riß, der schmerzhaft, durch die Familien jeder Stadt. Geschlecht steht gegen Geschlecht; Vater und Sohn sprechen fremde Sprachen und können einander nicht verstehen. Zeitgenossen mehrerer Jahrhunderte, der letzten zwei und der nächsten zwei, leben zusammen und nebeneinander. Die aufgeklärte Arbeiterschaft stellt die Gedanken einer Welt der Zukunft. Kulturwerte, die sich erst bilden werden, die Höheit des Gemeinshaftseins, sind als Sehnsucht und Forderung vorgebildet. Ohne Geld, aber mit viel Zuversicht in die Kraft der Gemeinshaftlichkeit unternehmen unsere jungen Genossen Eroberungsfahrten in die Natur. Unbedrückt von Vitteraturballast, ungemahnt von Griebens Reiseführer, ja, staunt, ihr Aengstlichen, ohne Betten bestellt zu haben, wandern sie in nächstlicher Zeit singend und selig in festlicher Ungebundenheit auf den Brocken, vor das Brockenhaus. Dort oben, in 1142 Meter Höhe, eine Stunde vor Ausgang des Jahres 1922, in stürmischem Nebelstreifen, geschieht folgendes:

Hotelporlier: Haben Sie Zimmer bestellt?

Der Führer der Jungen: Nein.

Hotelporlier: Dann hinaus!!!

Denn — — im Speisesaal des Brockenhotels feiert der Harzklub Sikoster. Gedeck: 2500 M., ohne Getränk und Bedienung. Damen in Abendkleidern stört erfahrungsgemäß der Anblick braunhemdiger Wanderoögel. Deshalb müssen unsere Jungen wieder hinaus in die Nacht, in das Schneetreiben. Der nächste Ort ist drei Stunden entfernt.

Zum Glück waren außer den Harzklubleuten auch noch einige Menschen anwesend, die dem Porlier eine Portion Klarheit verabreichten. Unsere Freunde konnten die Nacht in der Halle verbringen und bekamen auch noch heißen Kaffee zu trinken.

Nach sitzen jene an den Tischen und wir stehen vor den Loren. Bald — sind doch vor Dir tausend Jahre wie ein Tag! — bald werden wir drin sitzen und dafür sorgen, daß kein Hungeriger vor der Türe steht.

Denn die menschlichen Dinge sind in ewigem Wechsel, nicht anders als die Natur, die nicht ruht und nicht rastet, auch nur für den Augenblick, den ein Tropfen braucht, um zu Boden zu fallen. Alle Weltensätze sind zu diesem kleinen Ereignis erforderlich und seine Auswirkungen reichen bis in die Unendlichkeit, so wie das Geschehen aller Unendlichkeit notwendig war, um das Fallen dieses Troppens in seiner Einmaligkeit und Einzigartigkeit zu ermöglichen.

Denn nichts ist unendlich und ewig, bis auf den Tod, den stets unerwünschten, bis auf die anziehende Kraft des ewig Weiblichen, der, ach! so sehr erwünschten — und auf den Punsch, den traditionellen, sentimentalen, den ich auf Ihr Wohl, lieber Genosse Redakteur vom Feuilleton, trinke, damit Sie mir die weisheitsreiche Redseligkeit verzeihen, die mir der Silbersternpunsch dieses Jahres eingegeben.

## Kulturkampf um die Schule.

Wie wir in der „Germania“ lesen, wird in der Zeit vom 7. bis 21. Januar in ganz Norddeutschland eine Unterschriftenkammer zugunsten der konfessionellen Bekennerschule veranstaltet. Alle katholischen Wahlberechtigten werden aufgefordert, sich in die Listen einzuschreiben. Das Nähere wird in den einzelnen Kirchgemeinden bekanntgegeben. Der Aufruf, der diese Unterschriftenkammer einleitet, spricht davon, daß den Bekennerschulen „Reichsschutz“ gewährt werden müsse „in ihrem Daseinskampfe wider sozialistische Kulturkämpferische Mehrheiten und Regierungen der Einzelstaaten“. Die Unterschriften sollen bezeugen, daß die katholischen Staatsbürger sich nicht einer „absoluten Schuldiktatur des Staates“ willenlos beugen wollen.

Diese Unterschriftenkammer leitet einen förmlichen Kulturkampf gegen den sozialistischen Gedanken der weltlichen Schule ein. In der Reichsverfassung ist über die Schulfrage bekanntlich ein Kompromiß geschlossen worden, das Bekennerschulen neben weltlichen und gemischten Schulen die Existenz gewährleistet. Das Reichsschulgesetz, das die näheren Bestimmungen treffen sollte, ist aber von den bürgerlichen Parteien im Reichstage bisher verschleppt worden. Augenscheinlich will man jetzt durch eine Massenpetition der Christlichen den Reichstag beeinflussen, der konfessionellen Schule das Vorrrecht zu verschaffen und damit gleichzeitig den Einfluß des Staates auf die Schule ausschalten. Die Gefahr, die darin liegen würde, wird jeder Sozialdemokrat erkennen. In dem Augenblick, da die Schule wieder ganz der Geistlichkeit ausgeliefert werden würde, wäre es mit einer gesunden Entwicklung des Schulwesens auf lange Zeit vorbei. Deshalb sind sehr ernste Parteigenossen bereits zu der Ueberlegung gekommen, ob es nicht zweckmäßig sei, dem Unterschriftensturm der Christen mit einer Sammlung von Unterschriften sozialdemokratischer Wähler und Wählerinnen zu begegnen, die für die Schule das System der Weltlichkeit fordern, den religiösen Unterricht aber den einzelnen Religionsgemeinschaften überlassen wissen wollen.

Jedenfalls verdient diese im stillen wirkende Agitation die ernsteste Aufmerksamkeit aller Parteigenossen. Und es gilt gerade in dieser Frage das Wort: Niemals sich überrumpeln lassen, sondern jederzeit zum Gegenstoß bereit sein!

## Auf Kosten des Mittelstandes?

Der „Tag“ ärgert sich darüber, daß die Gewerkschaften bei der Neuverfassung der Löhne und Gehälter eine Berücksichtigung des auf ungefähr das Doppelte springenden Brotpreises fordern. Da könne man wieder sehen, wie wenig Rücksicht die Arbeiter und Angestellten auf die Allgemeinheit nehmen. Wieder solle die Aktion der Gewerkschaften auf Kosten des Mittelstandes gehen. Das sei eine schwere Ungerechtigkeit. Es ist zwar sehr edel, daß sich der „Tag“ des Mittelstandes so warmherzig annimmt, es ist aber nicht recht ersichtlich, welchen Mittelstand das Organ des Scherlockes meint. Unter den Gewerkschaften, die die Forderung aufgestellt haben, befinden sich nicht nur die freien, christlichen und Hirsch-Duncker'schen, sondern auch die Angestelltenverbände und die den Gewerkschaften nahestehenden Beamtenorganisationen. Die Regierung hat zugesagt, daß sie den Forderungen Rechnung tragen wolle. Das heißt doch wohl, daß die Beamten sich keine Sorge darum zu machen brauchen, daß sie durch die Aktion der Gewerkschaften benachteiligt werden. Daß auch die Unerschuldete ins Glied Geratenen vom Staat nach Maßgabe seiner Kräfte der wachsenden Teuerung entsprechend unterstützt werden, ist eine bekannte Tatsache. Vom Mittelstand bleibt also lediglich das Handwerk, der selbständige Handel und die nichtorganisierten Angestellten des Privatkapitals übrig. Hinsichtlich des Handwerks und des Handwerks ober kann man ganz beruhigt sein, daß sie mit der Teuerung fertig werden, und was die höheren Privatbeamten angeht, so ist es weder Schuld der Gewerkschaften,

historisch als naive Entstellungen harmloser Ugrospätercherze empfinden und belächeln. Seine angeblichen Typen aus dem Berliner Volksleben, der Delmut schwebende Baumunternehmer und der wackere Zimmermann, dessen Seele darunter leidet, daß sein Prinzipal ihn nach einem im Dienst erlittenen schweren Unfall nicht sofort aufs Pflaster wirft, erregen unsere Galle nicht mehr, denn sie sind von jeder Lebensmöglichkeit ebensoweit entfernt wie die lustigen Figuren des Einakters, deren stauische Komik im Wort- und Dialekt-scherzen gipfelt. Was übrig bleibt, sind drollige und groziöse Selbsteinlagen, die noch heute ihre Wirkung tun und dem Städ, des Jürgen Fehling frisch und gesund in Szene gesetzt hatte, zu lebhaftem Beifall verhalfen. Literarisch wertvoller ist Glöckner'scher Wirtshaus, das nicht nur echten Humor und originellen Witz, sondern auch Ansätze zu lebendiger Charakterzeichnung enthält. Leider kamen diese Vorzüge in der Inszenierung nicht zur Geltung. Ein übel komödiantisches, überhitztes Gärmen und Getümel geschick auf der Bühne, das keineswegs belustigend war, die Wirkungen des Glöckner'schen Humors verdrängte und bald Vageweile erzeugte. Mit der Rollenbesetzung hatte man sich nicht in Unkosten getürzt: nur Paula Eberth als Gastwirtin, Lucie Mannheim als Wirtstochterlein, Lotte Stein als Madam Puff und Alexandra Schmitt als schlüssende Dörbe ragten über das etwas provinziell-mäßige Durchschnittsniveau hinaus.

Im übrigen: Shakespeares Hamlet nennt das Theater den „Spiegel und die abgekürzte Chronik des Zeitalters“. Wenn er recht hat und das Berliner Staatstheater maßgebend ist, so leben wir gegenwärtig in einer Periode stiller, friedvoller heiterer Stiebermeierbegehrtheit.

**Brennende Berge.** Ein gewaltiges Buschfeuer hat Neusüd-wales verwüstet und weite Gebiete von der Küste bis zu den blauen Bergen in Feuermeer verwandelt. Zahlreiche Siedlungen wurden zerstört trotz der übermenschlichen Anstrengungen der freiwilligen Feuerwehrbrigaden, die während der Feiertage sich dieser Arbeit widmeten. Eine größere Anzahl wurde schwer verletzt. Ein ebenso großartiges wie grausiges Schauspiel war das Brennen der waldbedeckten Berge, die buchstäblich bis zum Gipfel in Flammen standen. Eisenbahnzüge, die sich plötzlich rings von Feuer umgeben sahen, entgingen nur mit genauer Not dem Untergang. Erst als der Wind sich drehte, konnte man der Feuersbrünste allmählich Herr werden.

**Eine Caruso-Statue für New-York.** In Anwesenheit des Präsidents der italienischen Deputiertenkammer de Nicola und anderer politischer Würdenträger wurde kürzlich im Atelier des Bildhauers Cifariello in Rom ein riesenständiges Bild des im vorigen Jahre verstorbenen Caruso enthüllt, das der Künstler für New York angefertigt hat. Der Sänger ist in vierfacher Lebensgröße dargestellt und steht auf einem Sockel, den die Gestalten der Mufen zieren. Dazwischen angebrachte Reliefs tragen die Namen der Opern, in denen Caruso glänzte. Die Statue wird demnächst nach ihrem Bestimmungsort abgehen.

**Der 100. Geburtstag Alexander Besold** wird im Weiseraal heute abend 8 Uhr gefeiert werden. Redner: Otto Jarek; Regitation: Franz Konrad Goerck. Mithrasabend: das Bagdader-Quartett.

daß das Privatkapital sie in eine Notlage geraten läßt, noch daß sich diese Privatbeamten davor durch festen Zusammenschluß und Anschluß an die Gewerkschaften schützen. Von der Frage des „Tag“ bleibt also nichts übrig, als der einigermaßen lächerlich anmutende Versuch, einen in diesem Fall gar nicht existierenden Mittelstand zu konstruieren und so die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Ursache der Notlage abzulenken. Hätten die bürgerlichen Parteien auf Geheiß der dem „Tag“ nahestehenden Deutschen Volkspartei nicht entgegen der klaren Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die abnorme Preispolitik der Agrarier begünstigt, dann brauchten sich Mittelstand und Proletariat als Verdräcker beide nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wo sie das Geld für das tägliche Brot hernehmen sollen. Der „Tag“ wird es also schon der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften überlassen müssen, die Interessen der Verdräcker wahrzunehmen, wenn seine Freunde von der Deutschen Volkspartei und ihre bürgerliche Gefolgschaft im Zentrum und bei den Demokraten sich lediglich als Interessensvertreter der „notleidenden“ Landwirtschaft betrachten.

## Raunet Ihr Runen!

### Der deutschvölkische „Lokal-Anzeiger“.

In der Sonntagsausgabe des „Lokal-Anzeiger“, der im Scherischen Verlag wie der „mittelstandsfründliche“ „Tag“ erscheint und mit ihm durch eine weitgehende redaktionelle und technische Gemeinschaft verbunden ist, findet sich folgendes Inserat:

### Raunet Ihr Runen! Rufet die rechten Streiter des Lichtes herbei!

Deutschnationale Männer und Frauen, die an der Rettung germanischen Volkes und Befens mitarbeiten wollen, finden Aufnahme in deutschreligiösen Orden (Vogel z. h. G.). Blutsbekenntnis, Bild, Haarprobe und Lebenslauf unter obigen Runen an die Redaktion des Blattes.

Da die Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ die Vermittlung dieser deutschvölkischen „Sache“ übernommen hat, muß man annehmen, daß sie sich mit ihr identifiziert. Der „Lokal-Anzeiger“ ist also mit Beginn des neuen Jahres stillschweigend in das deutschvölkische Lager übergetreten. Anscheinend ist die Geburtsanzeige auf die letzte Seite des Inseratenteils verbannt worden, damit der gläubige Leser nichts von dieser Wandlung merkt. Echt völkisch wäre diese Bauernschlauheit immerhin, die auf die Dummheit der Leser baut.

## Die nichtstaatlichen Feiertage.

Die Verhandlungen, die zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Ländern Sachsen, Thüringen und Braunschweig zur Regelung der Religionsübung geführt wurden, sind in der Hauptsache abgeschlossen. Es handelt sich dabei um einen komplizierten Streitfall. In Sachsen beschwerten sich Katholiken und Israeliten, in Braunschweig die Protestanten über Einschränkung der Religionsübung an nichtstaatlich anerkannten Feiertagen. Im Braunschweiger Fall teilt der Reichsinnenminister dieser den Standpunkt seines Amtsvorgängers, des Ministers Röster, der dahin geht, daß dem Artikel 135 der Reichsverfassung mehr Rechnung getragen werden müsse. In Sachsen handelt es sich um zwei Erlasse des Kultusministers Fleißner vom 12. und 24. August v. J. Der zweite Erlaß ist in der Hauptsache bereits abgemildert worden. Auch der Erlaß vom 12. August, der sich gegen die Schulbefreiung wendet, wird nach beabsichtigter Fühlungnahme des Kultusministers mit den kirchlichen Oberbehörden eine Abänderung im Sinne des Artikels 135 der Reichsverfassung erfahren.

In Thüringen handelt es sich um die Abschaffung des Buhtages und des Reformationsfestes. Hier steht das Reich auf dem Standpunkt, daß es den Ländern nicht verwehrt werden kann, die Anerkennung eines Tages als Feiertag wieder gesetzlich aufzuheben, solange reichsrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Die staatliche Anerkennung einer Reihe hoher kirchlicher Feiertage, wie Weihnachten, Himmelfahrt und dergleichen wird demnächst von Reichs wegen geregelt werden.

## Hitlers Knüppelregiment in München.

### Selbsthilfe der Arbeiterschaft?

München, 2. Januar. (Epa.) Ueber nationalsozialistische Ausschreitungen, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, macht die „Münchener Post“ verschiedene Mitteilungen. So wurde eine Versammlung der Friedensvereinerung, in welcher der bekannte Naziführer Prof. Dr. Duidde sprach, von den Nationalsozialisten gesprengt, wobei ein junger jüdischer Kaufmann so mißhandelt wurde, daß er blutüberströmt fortgeschafft werden mußte. Hierbei hörte man die Drohung: „In ein paar Monaten ist alles erledigt, wir hängen euch alle auf!“ — Sonntag früh 1/3 Uhr wurde ein Arbeiter von einigen Nationalsozialisten mißhandelt. Es gelang der Polizei, die Täter festzunehmen und ihre Personalien festzustellen. Dabei stellte sich heraus, daß einer von ihnen ein Reichswehrosoldat war. Die „Münchener Post“ kündigt an, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen müßte, wenn es den Behörden und Gerichten nicht gelinge, eine Aenderung dieser Zustände herbeizuführen.

## Hitlers Schuldverschreibungen.

Der „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein“ (N.S.D.A.P.) hat zur Deckung der bei Erwerbung des „Völkischen Beobachters“, von dem Verein übernommenen Schuldenlast, zur Erhaltung und zum weiteren Ausbau dieser Zeitung unverzinsliche Schuldscheine herausgegeben. Laut § 705 des Bürgerlichen Gesetzbuches dürfen derartige Schuldverschreibungen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Wir fragen an, ob der „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein“ die Genehmigung der bayerischen Regierung nachgesucht hat und wenn nicht, ob die bayerische Regierung Veranlassung genommen hat, auf Grund des angeführten Paragraphen und auf Grund des § 145a des Strafgesetzbuches gegen den „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein“ vorzugehen? Oder dürfen sich die Hitlerischen Nationalsozialisten nach italienischem Muster etwa in Bayern bereits die Rechte des Reiches und der Bundesstaaten anmaßen?

Zur Regierungsbildung in Hoffen. Der Landesausschuß und Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hessens hat beschlossen, dem Staatspräsidenten Ulrich und der Landtagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung freie Hand zu lassen.

Die von Mussi errichtete Guardia reale, eine Verfassungsschutztruppe, lehnte sich in Neapel und Turin gegen ihre Verschmelzung mit den stark faschistischen Carabinieri auf und wohl auch gegen die russische Privatarmee, die jetzt der Staat mitterhalten soll. Der Kuffland wurde blutig unterdrückt.

## Die Luftfahrvorschriften.

### Wieder ein Gebot erfüllt.

Auf das Verlangen der Völkerverkonferenz vom 12. September und 13. Dezember nach deutschen Maßnahmen zur Durchführung und Sicherstellung der Unterscheidung der zivilen von den militärischen Luftfahrzeugen hat die deutsche Völkerverkonferenz in Paris am 31. Dezember u. a. geantwortet:

Die deutsche Regierung hat am 1. Mai 1922 das Luftfahrt-Garantie-Komitee als Träger der ständigen Ueberwachung der Unterscheidungsmerkmale anerkannt. Auf Veranlassung des Luftfahrt-Garantie-Komitees wurde über eine Klärung der Durchführung der Regeln 8 und 9 verhandelt. Nachdem jedoch das Garantie-Komitee trotz dieser Verhandlungen, die zu einer beide Teile befriedigenden Lösung zu führen schienen, inzwischen auf der sofortigen Durchführung der Regeln 8 und 9 bestanden hat und die Völkerverkonferenz am 13. Dezember auf die Angelegenheit zurückgekommen ist, wird die deutsche Regierung nunmehr die im Entwurf nebst einer Erläuterung beigefügte Ergänzungsverordnung erlassen.

Die deutsche Regierung geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß die alliierten Regierungen eine Schädigung des deutschen Wirtschaftslbens, insbesondere der deutschen Ausfuhr, nicht beabsichtigen. Von den alliierten Regierungen selbst wie auch vom Luftfahrt-Garantie-Komitee ist die Absicht einer solchen Schädigung wiederholt ausdrücklich in Abrede gestellt worden. Die deutsche Regierung glaubt daher, bei den alliierten Regierungen mit ihrer rechtlich und wirtschaftlich begründeten Auffassung Verständnis zu finden, daß nur solche Ueberwachungsmaßnahmen und Beschränkungen in Frage kommen, die nicht die Unterbindung von Produktion und Ausfuhr zur Folge haben.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß das Luftfahrt-Garantie-Komitee ermächtigt wird, sich wegen der in Regel 9 vorgesehenen zivilen mäßigen Festlegung der Stöße mit der zuständigen deutschen Stelle zu verständigen.

In den fünf Paragraphen der ergänzenden Verordnung werden die in den Regeln 8 und 9 geforderten Maßnahmen (Anmeldepflicht usw.) im einzelnen festgelegt.

## Saar-Korruption.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Unter der Herrschaft der Regierungskommission und des Franks hat die Korruption und die Güntlingswirtschaft im Saargebiet einen erschreckenden Umfang angenommen. Rot, Ehrgeiz, in den meisten Fällen Sucht nach Reichtum haben Saarbewohner zu Schädlingen der Franzosen und zu Schädlingen an deutschen Volke gemacht. Diese Verhältnisse macht sich jetzt eine sogenannte „Saarbund-Gesellschaft“ zunutze. Weshalb Geistes Kind die Gründer und Leiter dieses Bundes sind, zeigt § 19 der Statuten, wonach der Saarbund allgemein politisch „auf dem Boden des Versailler Vertrages und den daraus resultierenden weiteren Tatsachen“ steht. Die Politik der Entrechnung und der Schädigung der Saarbevölkerung findet in diesem Bunde der „denkenden, aufrechten und friedliebenden Saarländer einen Verteidiger. Besonders eifrig betätigen sich einige Bergbeamte, die den Bergleuten gute und leichte Beschäftigung auf französischen Gruben versprechen, wenn sie die grüne Mitgliedsarte der Saarbund-Gesellschaft vorzeigen. Wer bisher neben Franks verdient hat, soll als „Saarländer“ zehn bekommen. Was bisher dem bezahlten Spitzelstum nicht gelungen ist, das soll der Saarbund erreichen: die Arbeiterorganisationen von den deutschen Gewerkschaften loszulösen!

Major Richter, der Leiter der französischen Propagandastelle für das Saargebiet, hat schon auf allen Wegen versucht, im Saargebiet eine Organisation zustande zu bringen, die Breche schlagen soll in die Abwehrfront der Deutschen. Jetzt versucht er es mit der Methode Smeets, der schon vor längerer Zeit auf Befehl von Paris im Saargebiet Führer ausgestreckt hat.

### Was Jupiter erlaubt ist.

Das „Echo du Rhin“ in Mainz, das auch auf Befehlsgesamte gehen soll, meldet marokkanische Truppenerschließungen im besetzten Deutschland. Ob sein Verantwortlicher auch bestraft wird, wie die deutschen Beamten, die wegen gleichen Luns auf Jaber eingekerkert sind?

## Die neue Sowjet-Regierung.

Auf der Jahrestagung des russischen Exekutivkomitees der kommunistischen Partei wurde, einem Reuter-Telegramm aus Moskau zufolge, der Rat der Volkskommissare erneuert. Es wurden einstimmig gewählt:

- Vorsitzender: Lenin.
- Vizevorsitzende: Rykow, Tsurupia und Kamenev.
- Auswärtige Angelegenheiten: Tschitscherin.
- Innere: Dzerzinski.
- Bildungswesen: Lunatscharski.
- Gesundheitswesen: Semaschko.
- Nationalitäten: Stalin.
- Inspektion der Arbeiter und Bauern: Tsurupia.
- Finanzen: Bokanikow.
- Landwirtschaft: Jakowenko.
- Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates: Bogdanow.
- Ernährung: Brinkanow.
- Luftverkehr: Rassin.
- Arbeit: Schmidt.
- Post: Dowgalewski.
- Justiz: Kurzil.

### Wund der Sowjetstaaten.

Moskau, 2. Januar. (W.B.) Am 30. Dezember wurde hier der erste Kongreß der vereinigten Sowjetrepubliken eröffnet. Es wurde der Vertrag angenommen, der die Vereinigung aller sozialistischen Sowjetrepubliken verwirklicht. In 25 000 Einwohner einflussenden Delegationen zu dem vereinigten Kongreß. Ein aus 371 Mitgliedern bestehendes vereinigtes Zentralexekutivkomitee wird im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Einzelrepubliken gewählt werden. Jährlich sollen drei ordentliche Sitzungen und dem Bedarf entsprechend auch außerordentliche abgehalten werden. Das Vollzugsorgan des Zentralkomitees ist der Soznakom (Rat der Volkskommissare).

Der Kongreß wählte die 371 Mitglieder des Zentralexekutivkomitees: aus Rußland 270, aus der Ukraine 68, aus Transkaukasien 26 und aus Weißrußland 7.

### Billigung der neuen Wirtschaftspolitik.

In seiner Schlusssitzung billigte der Rätekongreß u. a. den Sparfaktors und verlangte zur Stabilisierung des Rubels eine weitere Steigerung der Steuern und eine Förderung der Ausfuhr von Rohstoffen und Getreide nach Deckung des inneren Bedarfs; ausländisches Kapital müsse in Form von Konzessionen und gemischten Gesellschaften herangezogen werden, doch dürfe dabei die politische und wirtschaftliche Souveränität Sowjetrußlands nicht geschmälert und dem Auslandskapital keine entscheidende Bedeutung auf den wichtigsten Wirtschaftsgebieten eingeräumt werden. Das russische Zentralexekutivkomitee wird beauftragt, in seiner nächsten Sitzung der Rotenemission feste Schranken zu setzen.

Der Kongreß hat einen Aufruf an die Völker der Welt gerichtet, worin erklärt wird, Sowjetrußland erhebe von neuem seine warnende Stimme anstandslos die Verfallener Friedens und neuer drohender Kriegsgefahren. Deswegengeadete hohes Sowjetrußland in kurzer Zeit seine 5-Millionen-Armee auf 800 000 Mann reduziert und sei gegenwärtig dabei, eine weitere Herabsetzung der Roten Armee auf 600 000 Mann durchzuführen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gescheiterte Verhandlungen in der Metallindustrie.

Ueber den Verlauf der gestrigen Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie wird uns berichtet:

Am 2. Januar wurde auf Antrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Neuregelung der Löhne für den Januar verhandelt. Nachdem die Arbeitnehmervertreter den Arbeitgebern ihre Forderungen unterbreitet hatten, zogen sich deren Vertreter zurück. Nach kurzer Beratung ließen sie durch den Verhandlungsleiter, Herrn Rechtsanwalt Oppenheimer, erklären, daß die Forderungen der Arbeiter zu hoch erschienen und die Arbeitgeber keine Möglichkeit hätten, irgend etwas demgegenüberstellen zu können. Er bat, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und auf Grund der zurzeit schwebenden Verhandlungen in Paris, auf eine Lohnerhöhung zu verzichten. Die Unternehmer stellten sich weiter auf den Standpunkt, daß die Dezemberlöhne durchaus das Maß dessen erreichen, was der Arbeiter für seinen notwendigen Lebensunterhalt bedarf.

Es scheint fast, als wenn die Berliner Metallindustriellen ihren prozontierenden Standpunkt, den sie im Jahre 1922 einnahmen, 1923 im verschärften Maße fortsetzen wollen. Denn weiter bedeutet es nichts als Provokation der Arbeiter, wenn man ihnen zumutet, im Interesse der von der derzeitigen Regierung geführten Verhandlungen in Paris auf jegliche Lohnerhöhung bis zum 15. Januar zu verzichten.

Es ist weiter eine Provokation, wenn man behauptet, es sei während der letzten Lohnverhandlungen im Dezember bis heute keine weitere Feuerung eingetreten.

Die Herren stehen auf dem Standpunkt, daß durch die Lohnerhöhung die Inflation des Geldes weiter gesteigert würde, und meinen, wenn sie keinerlei Zulage bewilligen, könnten sie dadurch die Wirt stabilisieren. Sollte es nicht andere Mittel zur Stabilisierung der Wirt geben, als das, der Arbeiterschaft den Brotkorb noch höher zu hängen? Dann wäre die Stabilisierung unmöglich.

Die Unternehmer vertreten die Auffassung, daß die Arbeiter unter allen Umständen mit den Dezemberlöhnen auskommen können. Die an und für sich schon hohen Löhne gäben der Industrie keinerlei Möglichkeit, weitere Zulagen bewilligen zu können. (!) Dabei haben die Herren vergessen, daß ab 1. Januar 1923 eine wesentliche Verteuerung der Lebens- und Bedarfsartikel überhaupt, sowie eine wesentliche Verteuerung der Sozialversicherungen eingetreten ist; dabei gleichzeitig eine hohe Steigerung der Mieten, der Kohlenpreise, der Verkehrsmittel und anderer Dinge, während die Brotpreise ab 9. Januar kräftig anziehen.

Herr Direktor Huhn von der Firma Ludwig Loewe war es, der den Arbeitervertretern diese Mitteilung machte, und die Metallarbeiter ersuchte, Rücksicht auf die Allgemeinheit zu nehmen. Verstehen vielleicht die Herren unter der „Allgemeinheit“ nur die Arbeiter in der Berliner Metallindustrie, oder würde dieser Appell nicht zweckmäßiger zunächst an das Unternehmertum gerichtet?

Wenn auch die Organisation noch die Möglichkeit hat, andere Instanzen anzurufen, um die Arbeiter in den Genuss höherer Löhne setzen zu können, so wollen wir durchaus nicht verkennen, daß die Unternehmer mit ihrer Verschleppungstaktik es fertiggebracht haben, daß tausende von Arbeitern zu Anfang des Jahres den Hungerkämpfen noch enger zu schnüren haben, als es bis dato war.

An den Arbeitnehmern in den Betrieben siegt es, dafür zu sorgen, daß die Herren in der Potsdamer Straße derartige Provokationen gegenüber der Arbeiterschaft sich in Zukunft nicht erlauben. Das bedingt, daß die Organisation wesentlich gestärkt werden muß, und daß der Bruderkampf der Arbeiter untereinander aufzuhören hat.

Kollegen und Kolleginnen, bedenk: das Kapital ist sich einig, es ist sich nicht nur national, sondern auch international einig. Die Arbeiter aber zerfallen sich nicht nur international, sondern auch national die Köpfe. Wollen wir die Angriffe, die die Unternehmer auf die Front der Arbeiter richten, abwehren, und das ist nur ein Vorbild zu den gewaltigen Kämpfen, die uns bevorstehen (Abschaffung des Achtstundentages), so kann für uns nur eine Parole gelten: Hinein in die Gewerkschaften, Einstellung des Bruderkampfes, Einheitsfront gegenüber den Provokateuren der Arbeiter!

## Januarlöhne der graphischen Hilfsarbeiter.

Die Mitglieder des Verbandes graphischer Hilfsarbeiter nahmen am Sonntag im großen Saal der „Brauerei Friedrichshalm“ den Bericht über die Lohnverhandlungen für Januar entgegen, der vom ersten Bevollmächtigten Glotz erstattet wurde. Wie der Redner in seinen etwa zweistündigen Ausführungen mitteilte, haben sich die Verhandlungen mit den Buchdruckerbesitzern außerordentlich schwierig gestaltet. Es geht nicht nur neue Tariflöhne, sondern auch einen neuen Kontextarif zu schaffen.

Ueber Entlohnungsart, Kündigungsfrist, Urlaub und Feiertagsbezahlung konnte zunächst keine Verständigung mit den Arbeitgebern erzielt werden. Deshalb wurde zur Schlichtung des Arbeitsministeriums angerufen. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß die bisherigen Grundzüge der Entlohnungsart weiter bestehen, die Wochenlohnung belassen werden soll. Den Parteien wurde aufgegeben, über die Bezahlung der Ueberstunden erneut zu verhandeln. Die Kündigungsfrist bleibt ebenfalls bestehen. Hinsichtlich des Urlaubs hat der Spruch eine kleine Verschlechterung gebracht. Ueber die Feiertagsbezahlung sagt der Spruch, daß ein Abzug für reichs- und landesgesetzliche Feiertage nur dann stattfinden darf, wenn die Zahl der Tage 7 im Jahre übersteigt. Die Wahl der Feiertage soll den örtlichen Parteien überlassen bleiben.

Die Arbeitgeber haben dem Spruch zugestimmt, die Verhandlungskommission der Arbeiter hat keine Erklärung abgegeben. Nach den Zuständigkeiten der Arbeitgeber erhalten die Hilfsarbeiter 85 Proz. von den Lohnsätzen der Buchdruckergehilfen. Die über 24 Jahre alten außerdem noch 5 Proz. von der besonderen Lohnzulage, die von den Arbeitgebern in Höhe von 3815 M. für die Zeit vom 1. bis 15. Januar und weiteren 3000 M. für die zweite Januarhälfte bewilligt worden ist, so daß sie insgesamt 90 Proz. erhalten.

Der Hilfsarbeiterarbeitsrat ist jetzt ein gesonderter, nicht mehr ein Anhängel des Buchdruckerarbeitsrats. Lohnkommission und Ortsvorstand sind, wie Glotz erklärte, der Meinung, daß der neue Tarif materiell zwar nicht befriedigend könne, aber nach ideeller Seite hin noch mehr zu wünschen übrig lasse. Es sei beschlossen worden, der heutigen Versammlung die Einberufung einer Funktionärerversammlung vorzuschlagen, die noch vor der Urabstimmung Stellung zu dem Tarif nehmen soll. Im „Mitteilungsblatt“ werde dann die Beschlußfassung der Funktionäre sofort bekanntgemacht werden.

Gegen den Vorschlag des Referenten wurden Einwendungen nicht erhoben. Nach längerer Aussprache stimmte die Versammlung folgender Entschliessung zu:

„Die heute in der Brauerei Friedrichshalm versammelten graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen erklären einmütig, daß sie angesichts der ins Unermessliche gestiegenen Feuerung aller Lebensmittel über die Geringfügigkeit der Lohnerhöhungen enttäuscht sind. Sie fordern von ihrer Ortsverwaltung, möglichst gemeinsam mit den Buchdruckern, sofort Verhandlungen mit den Prinzipalen anzubahnen, um einen wenigstens einigermaßen ausgleichenden Lohnzuschlag herbeizuführen.“

## Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, bestimmt der Minister des Innern unter Aufhebung aller entgegenstehender Vorschriften über die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter für das Jahr 1923 folgendes:

Dem Legitimationszwange unterliegen alle im Inland in öffentlichen oder privaten Betrieben beschäftigten Arbeiter im Sinne des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 (einschließlich der niederen Hausangestellten), die nicht deutsche Reichsangehörige sind. Von dem Legitimationszwange befreit sind diejenigen ausländischen Arbeiter, für deren Beschäftigung eine Genehmigung des Landesamts für Arbeitsvermittlung nicht erforderlich ist, falls sie sich im Besitze eines Passes oder Pässejahres befinden und einen Besetzungsschein, den die zuständige Ortspolizeibehörde des Wohnsitzes ausstellt, erhalten haben.

Im erleichterten Verfahren können ausländische Arbeiter, die im Auslande wohnen und täglich über die Grenze zur Arbeitsstelle kommen, sich auch im Besitze eines Passes, eines Grenzpasswises oder eines sonstigen Pässejahres befinden, durch Ausstellung einer Grenzläuferkarte legitimiert werden; diese wird von der für die Beschäftigungsstelle zuständigen Ortspolizeibehörde ausgestellt. — Grundsätzlich findet die Legitimierung an der Grenze in den Grenzämtern der Deutschen Arbeiterzentrale statt. Für bereits im Inlande befindliche legitimierungspflichtige ausländische Arbeiter sowie in allen Fällen, in denen die Legitimierung an der Grenze undurchführbar war, muß sie an der Arbeitsstelle vorgenommen werden.

## Halte den Dieb!

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

In der Nr. 549 der „Noten Fahne“ befindet sich ein Wutausbruch über den Ausschluß des ehemaligen Gewerkschaftsbeamten Wordelmann aus dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, in dem die tatsächlichen Vorgänge, wie üblich, auf den Kopf gestellt werden. Man versöhnt nach dem Prinzip, recht kräftig „Halte den Dieb“ zu schreiben, um die Aufmerksamkeit von sich abzuwenden.

Es wird da behauptet, daß Wordelmann ordnungsgemäß als Branchenleiter gewählt worden sei und daß er rechtmäßig an der Ausübung seiner Rechte gehindert wurde. So viel Worte, so viel Unwahrheiten. Wordelmann ist nicht ordnungsmäßig gewählt, weil die Generalversammlung seine Befähigung mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Er hat sich also nur Rechte angemacht, die er nicht besaß. Die „Noten Fahne“ befindet sich eben im Irrtum, wenn sie glaubt, daß die Statuten für die Kommunisten keine Gültigkeit haben. Die eigentlichen Gründe des Ausschlusses werden von der „Noten Fahne“ nur zart angedeutet. In Wirklichkeit sind die Gründe des Ausschlusses folgende: W. hat in einer Branchenversammlung die gesamte Organisationsleitung und einzelne Funktionäre als Verräter bezeichnet, denen es nur darauf ankomme, sich die Freundschaft der Unternehmer zu erhalten. Die Interessen der Mitglieder seien wiederholt bewußt verraten worden.

Diese Behauptungen wurden aufgestellt, ohne auch nur einen Funken von Beweis dafür zu haben. Als W. seine Behauptungen beweisen sollte, kniff dieser Held und „erprobte Gewerkschaftsbeamte“ in der erbärmlichsten Weise. Charakteristisch ist für W. ferner, daß er trotz Rubens seiner Mitgliedsrechte widerrechtlich in eine Mitgliederversammlung einbrang und durch Polizeibeamte aus dieser entfernt werden mußte. Dabei belegte W. den Vorsitzenden des Zweigvereins mit Ausdrücken wie „Lump“, „Stroh“ usw.

Was den „erprobten Gewerkschaftler“ W. der „Noten Fahne“ anbelangt, ist folgendes festzustellen: W. ist der Organisation im Februar 1919 als Mitglied beigetreten, also nach der Revolution. Vor dem Kriege zog er es trotz wiederholter Aufforderung vor, der Organisation fernzubleiben. Damals war es bekanntlich auch schwieriger, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, im übrigen hatte man auch keine Gelegenheit, geschwollene Phrasen loszulassen, wie des heute von den „revolutionären Gewerkschaftlern“ so gern geschrieen. Im übrigen hat es W. meisterhaft verstanden, sich möglichst um jede Verantwortung herumzudrücken und zu kneten, wenn es galt, irgendeine Verantwortung zu übernehmen.

## Gehaltsklagen und Verzugschaden.

Jeder Arbeitnehmer, der seinen Lohn erst auf Grund eines Urteils erhält, ist in Folge der ständig zunehmenden Geldentwertung erheblich benachteiligt. Die Zinsen von 4 Prozent, die ihm für die Zeit von der Fälligkeit bzw. von der Klageerhebung bis zur Zahlung zustehen, geben ihm für diesen Schaden keinen Ausgleich, denn Gehalt und Zinsen setzen ihn nicht in den Stand, in dem gleichen Zeitraum in gleicher Weise zu leben oder sich Gegenstände anzuschaffen wie bei rechtzeitiger Zahlung. Den hierdurch entstehenden Schaden kann der Arbeitnehmer als Verzugschaden gem. §§ 288 BGB. geltend machen. Die praktische Durchführung dieses Anspruchs ist indes bisher nicht ganz einfach gewesen.

Ein Weg, hier zu annehmbaren Ergebnissen zu kommen, scheint durch die neue Entwidlung gegeben zu sein, wenn man zunächst den Fall betrachtet, bei dem sich die Löhne und Gehälter nach Tarifen richten. Wenn zurzeit ein Lohnempfänger für den Monat Oktober 1921 ein bestimmtes Gehalt erhielt, so gestattete ihm diese Summe, wenn er sie im Monat Oktober 1922 ausgezahlt bekam, noch nicht dafür den zehnten Teil des Unterhalts in dem Monat Oktober 1922 zu bestreiten. Sein Schaden aus der verspäteten Zahlung besteht darin, daß ihm neun Zehntel des Unterhalts insolge Verzuges des Arbeitgebers fehle. Dieser Schaden muß dem Arbeitnehmer ersetzt werden. Die Höhe des Schadens läßt sich genau nach den festen Tariffähigen berechnen, denn der tarifmäßige Lohn im Zahlungsmonat ist das Mindeste, was für den Arbeitnehmer notwendig ist, um davon in gleicher Weise wie zu jener Zeit zu leben, für die der Lohn noch zu zahlen ist. Der tarifmäßige Lohn im Zahlungsmonat gibt ihm nicht mehr, als ihm zukommt, sondern eher weniger. Denn die Erfahrung lehrt, daß in allen Ländern mit schlechter Baluta die Lohnerhöhungen nicht mit der Verteuerung des Lebensbedarfs Schritt halten, sondern hinter ihm zurückbleiben.

Damit ist grundsätzlich der Weg gewiesen, den Schaden des Arbeitnehmers in billiger Weise zu verringern. Der Arbeitnehmer kann für den einbehaltenen Lohn Ersat

durch den zur Zeit der Zahlung nach dem Tarifvertrag gerechtfertigten Betrag verlangen.

Schwierigkeiten bestehen bei der Durchführung dieses Anspruchs noch in formaler Hinsicht. Der Antrag kann nicht dahin gehen, den Arbeitgeber zu verurteilen, das Gehalt nach den für die Zahlungszeit maßgeblichen Sätzen zu zahlen. Der Antrag muß vielmehr, damit auf Grund des Urteils der Gerichtsvollzieher vollstrecken kann, lauten:

Den Arbeitgeber zu verurteilen: 1. den Lohn des streitigen Monats zu zahlen;

2. ferner 4 Prozent Zinsen vom Tage der Fälligkeit bzw. der klaren Zustellung;

3. sowie den über 4 Prozent hinausgehenden Schaden in der Weise zu ersetzen, daß der Kläger zusammen mit den Ansprüchen zu 1 und 2 einen Betrag erhält, wie ihn der Arbeitnehmer im Zahlungsmonat nach seiner Arbeitsklasse, Tarifgruppe, seinem Stande, ledig oder verheiratet, und seinem Alter beziehen würde. Etwaige Veränderungen durch Verheiratung, Erlangung einer besseren Stellung müssen unberücksichtigt bleiben, ebensowenig steht dem Arbeitnehmer ein erhöhter Anspruch wegen Alterwerden zu.

Dieser reichlich komplizierte Antrag gewährt dem Antragsteller den Vorteil, daß der Antrag zu 3 nicht den Streitgegenstand erhöht, nach dem sich die Kosten des Verfahrens richten (§ 4 ZPO.). Dem steht als gültiger Nachteil die Unübersichtlichkeit des Antrages entgegen. Da diese Schwierigkeit in Zukunft bei allen Schadenerschöpfungen wegen Geldentwertung besteht, wäre es wünschenswert, wenn die Rechtsprechung ähnlich wie bei Klagen auf Zahlung in ausländischer Baluta verfahren würde und ungenaue Anträge zuliess, da der Kläger jederzeit dem Gerichtsvollzieher untermündlich die Höhe des Gehalts nach dem geltenden Tarif nachweisen könnte. Besonders wenn der Tarif für allgemein verbindlich erklärt wurde.

Damit wäre für die wichtigsten Lohnstreitigkeiten die schwierige Frage der Geldentwertung gelöst. Dem Berliner Kaufmannsgericht liegt bereits ein dahin instruierter Rechtsstreit vor, von dessen Ergebnis die Gestaltung der Gehaltsfragen wesentlich abhängen dürfte.

Wie aber ist es, wenn es sich um einen Gehaltsanspruch handelt, für den es weder einen tarifmäßigen noch üblichen Lohn gibt? Etwa, wenn es sich um das Gehalt eines Erzieheres auf einem Gut handelt, oder um die Inanspruchnahme eines Gelehrten für Unterweisung auf seinem speziellen Gebiet? Hier nur aus dem Grunde, weil es keine festen oder angemessenen Sätze, nach denen sich die Geldentwertung feststellen läßt, gibt, lediglich 4 Prozent Verzugszinsen zuzubilligen, wären eine ungerechtfertigte Härte. Abhilfe bietet hier die Berücksichtigung der Indexziffern für den Haushalt, wie diese allmonatlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht werden. Würde zum Beispiel das Maßgehalt 1922 im August gezahlt sein, so könnte der Arbeitnehmer das doppelte Gehalt verlangen, denn die Indexziffer betrug im Mai 1922 3462, im August 7029. Die Zahlen vor März 1922 können nicht ohne weiteres beim Vergleich herangezogen werden, weil bis dahin die Berechnung auf anderen Grundlagen beruhte.

Damit wäre praktisch für alle Gehaltsklagen die Möglichkeit zur Berücksichtigung der Geldentwertung gegeben. Ein Ergebnis, das um so erfreulicher ist, weil es verhindert, daß der Arbeitgeber durch nicht rechtzeitige Zahlung des Gehalts einen übermäßigen Druck auf den Arbeitnehmer ausüben kann. Rechtsanwalt Dr. Alfred Karger, Berlin.

## Vereinfachung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, daß bei Änderungen allgemein verbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Preisverhältnisse enthalten, von der vorherigen Bekanntmachung und der Einlegung einer Einspruchfrist abgesehen werden kann. Die Anwendung des vereinfachten Verfahrens soll aber ausgeschlossen sein, wenn das Abkommen eine Änderung des Systems der Anpassung oder Änderungen anderer mit der Lohnregelung nicht in Zusammenhang stehenden Bestimmungen bringt. Voraussetzung für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens ist, daß der Antrag von sämtlichen Vertragsparteien gestellt wird, oder daß zum mindesten von keiner der vertragsschließenden Parteien Einwendungen erhoben werden.

Die Buchdrucker in Holland streiken in etwa 25 Städten und Ortschaften. Der Allgemeine Niederländische Typographenbund (Gehilfenorganisation) hat die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen abgelehnt. Daraufhin haben die Arbeitgeber beschlossen, dem Personal zu kündigen. Eine Anzahl Zeitungen kann nicht erscheinen. Die Zeitungen in Amsterdam und Rotterdam werden erscheinen.

**Achtung, Hochbahner!** Heute, Mittwoch abend 8 Uhr findet im Lokal von Wiemers, Wilhelmstr. 18, eine wichtige Versammlung aller in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter und Angestellten statt. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Strille über die Kampfmittel des Protektors. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Parteiausweis legitimiert. **SPD-Betriebsarbeiter, Generalsektion.** Am Donnerstag nachmittags 5 Uhr findet im Klubsaal des Gymnasiums Niederwallstraße 12 eine Versammlung sämtlicher SPD-Genossinnen und Genossen der Generalsektion statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. **Die Fraktionsführer.**

**Berliner Verlagsverein.** Bezirksverein 13. Chemie. Heute Mittwoch Versammlung in Hanerlands Hofsaal, Neue Friedrichstraße 55. — Bezirksverein 15. Redaktionsgruppe Papier. Betriebsversammlung Freitag 5 Uhr im Klubhaus, Dönhofsplatz 3.

**Zentralverband der Schuhmacher.** Heute 6 Uhr allgemeine Funktionärerversammlung der Fabriken und Schuhhandlungen im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c. Bericht über die Lohnverhandlungen und Stellungnahme zur Auswahl der Ortsvereine.

**Bräuer Arbeiterverband.** Freitag 5 1/2 Uhr Versammlung aller Betriebsräte im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

**Lehrerzimmer.** Freitag 6 Uhr Vorbesprechung der Verbands- und Schlichtungskommissionen im Bureau. — Um 6 1/2 Uhr Konferenz der Funktionäre im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Bericht über die Verhandlungen des Bezirkslehramts vom 4. Januar. — Die Betriebsräte der Betriebsräte auf allen Bezirken werden ersucht, auf die Betriebsversammlungen am Donnerstagabend in allen Bezirken hinzuweisen und die nötigen Propaganda für vollständigen Besuch zu machen. — Außerdem wird den Betriebsräten und Betriebsausweislern zur Pflicht gemacht, in dieser Woche noch eine Überkontrolle vorzunehmen. Die umzustehenden Mitgliedsbücher müssen am Sonnabend in den Bezirksversammlungen abgegeben werden. — Sonntag vormittags 9 Uhr pünktlich Reichstagsversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Der Vorstand.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Dietrich Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glotz, Berlin. Verlag: Verlags-Betrieb G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 10245 Berlin.

## Gautauschling, offene Füße (Krampfadern)

ausveraltete Bunden, heilt die milde u. woblutende San.-Kat. Dr. Straßls Hausmittel, Elefant-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74 (Tänhoffpl.)

**Fritzi Maffary**  
eine Zigarette von Rang

# Das Eisenbahnwerk im Brunewald.

Wer durch die Eisenbahnwerkstatt Brunewald wandert, den weht ein Hauch an aus jener Zeit, in der es noch keine hochragenden Hallen, keine Schnelldrehstühle und keine wissenschaftliche Betriebsführung gab, als noch die Meisterwerkstatt mit ihrer Geheimniskrämerie herrschte und der Achtsamkeit wie ein unerreichbares, ja, undenkbares Ideal in weiter Ferne lag.

## Werkstättenromantik?

Ein „königliches Werk“ war es, das hier im Jahre 1878 in Betrieb genommen wurde: niedrige Hallen, enge Gänge, schmale Treppen. Der Boden der Werkstätten mit roten Ziegeln gepflastert. Damals sicherlich überaus modern, heute fast romantisch wirkend im Vergleich mit Werkstätten, die allen Anforderungen unserer Zeit sowohl in technischer als auch in hygienischer Hinsicht entsprechen. Und inmitten dieser „romantischen“ Mauern stehen die Vertreter der Neuzeit, Lokomotiven, die schon ernsthaft Arbeit geleistet haben, und die der sorglichen Behandlung bedürfen, um ihre Leistungsfähigkeit zu behalten. Personen- und Güterwagen, denen man die Kilometer ansieht, die ihre Räder in schnellem Lauf durchreiten, und nicht zuletzt Menschen, die hier Tag für Tag schaffen, um das Ganze in Bewegung zu halten. Der Geist der Neuzeit will in diese alten Bauten eindringen. Es soll rationell, wirtschaftlich, sparsam gearbeitet werden. Zu einem großzügigen Umbau, bei dem alle Wünsche, die nur irgendwie verwirklicht werden können, Berücksichtigung finden, ist kein Geld da. So beschränkt man sich darauf, hier eine Abteilung zu verlegen, dort Abteilungen zusammenzufassen, organisieren das Transportwesen im Innern des Werkes, baut hier und da neue Gebäude, die zwar neuzeitlicher anmuten, sich aber sonst in den nun einmal gegebenen Rahmen fügen, vereinigt Werkzeugmaschinen zu Gruppen, die innerlich zusammengehören, schafft musterhafte Lager, verwendet das Altmaterial so vorzuziehend als möglich, aber überall ist und bleibt es eng und schmal, nirgends fühlt der Geist sich frei. Und in all diese Enge hinein wird nun versucht, mit bewundernswürdiger Energie nach den Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung zu arbeiten. Trotz aller Mängel, die seinem Alter entsprechen, will auch dieser Staatsbetrieb beweisen, was er zu leisten vermag.

## Wissenschaftliche Betriebsführung.

Man geht daran, alle Arbeitsverfahren zu durchforschen, die sich aus der Eigenart des Reparaturbetriebes ergeben, der ja viel elastischer sein muß als ein Betrieb, der auf die Fabrikation eines neuen Stückes eingestellt ist. Man durchforscht die Wärmeverwendung und hofft Millionen zu ersparen. Man gestaltet den Bureauablauf um, und in den allen Räumen klappern moderne Bureaumaschinen. Zuguterletzt werden Zeitstudien ausgeführt, um eine möglichst gerechte Entlohnung der Schaffenden zu ermöglichen. Der Meister, der zur Geburtsstunde dieser Werkstätten ein kleiner Gott war, erhält einen kleineren Lohnzettel zugewiesen, der dafür von ihm um so gründlicher bearbeitet werden muß. Arbeitsorteller und Kalkulatoren — unproduktive Arbeiter nannte man sie früher — verteilen die Arbeiten mit Gedinge- und Lohnzettel, und fordern die Materialien an. Sie rechnen und rechnen; die Arbeitsausführung zu überwachen aber ist des Meisters Sache. Durch diese Entlastung des Meisters in Verbindung mit sachgemäßen Zeitstudien wurden in einem Jahre 10% Millionen Mark erspart. Die Mark ist nun zwar kein Maßstab, vielmehr eine Gummistrippe, aber Ersparnisse sind sicher zu verzeichnen. Ueberall im Werke stehen Kontrollföhren, Büntzschleusen und Disziplin erhellend. Ordentliche Ausführung der Arbeit, eifriges Schaffen versteht sich für jeden denkenden Arbeiter von selbst. Dem seines Wertes bewußten Arbeiter ist jede Kontrolle in tiefer Seele zuwider. Sein Menschentum wehrt sich gegen das wissenschaftliche Erfahrenwerden durch Zahlen. Meist, es ist wieder der Geist der Neuzeit, der sich mit solchen nicht mehrbaren Dingen nicht zufrieden geben will. Er wünscht durchaus alles schwarz auf weiß zu sehen. Und schließlich muß alles bei einigem Geschick zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung gelöst werden können, und endlich können die Betriebsräte hier zeigen, wie weit sie ihren Aufgaben gewachsen sind, wenn Differenzen entstehen.

## Das Kontrollnetz.

Alles, was in den Werkstätten an Lokomotiven und Wagen betriebsfähig gemacht wird, ist auf Tausenden von Zetteln genau verzeichnet. Die Kontrolluhr hat auf die Zeitkarte Arbeitsbeginn und Ende für jeden einzelnen gestempelt. Jeder Arbeiter hat seinen Lohnzettel ausgefüllt, auf ihn die geleistete Arbeit und die Stundenzahl angegeben, die Meister haben jeden Zettel auf seine Richtigkeit

geprüft. So wandern sie ins Lohnbureau und in die Kalkulation. Die ausgegebenen Materialien sind auf Zetteln verzeichnet, die bei der endgültigen Abrechnung verglichen und kontrolliert werden. Ein seines Netz von Kontrollen überspannt den ganzen alten Betrieb. Sorgsam werden die Selbstkosten aus der Summe von Materialkosten, Lohn und Wertlosten errechnet und dem Auftraggeber, d. h. den Staat vom Lieferanten, d. h. von demselben Staat angefordert. Das scheint nutzloses Spiel zu sein, aber die Höhe der Unkosten, die die Reichsbahn hat, spricht ein gewichtiges Wort bei der Tariffestsetzung mit, die den einzelnen im Staate trifft, der die Bahn benutzen will. Aber der Geist der Neuzeit verlangt nach mehr: er hat auch diesem alten Werk die Inbetriebnahme besetzt und nun wird der Selbstentwertung folgend auf Grund all der Unterlagen, die eine wissenschaftliche Betriebsführung herbeischafft, der Wert jeder Arbeit und nicht zuletzt der Wert des Werkes selber unter Berücksichtigung der Abschreibungen festgesetzt, denn — am 1. April vorigen Jahres wurde die Eröffnungsbilanz dieses ehemals „königlichen“ Werkes aufgemacht.

Man sieht, das mittelalterliche Aussehen des Werkes entsprach früher vollkommen seiner Betriebsführung. Der neue Geist hat alten Formen neuen Inhalt gegeben. Er wird sie zur rechten Zeit sprengen, Form und Inhalt werden dann in Staat und Betrieb eine vollkommene Einheit bilden.

## Der Brief an das Wohnungsamt.

Ein Mensch als Richter, ein Mensch als Angeklagter. Ein Tischler Jung, hager, ein Abgearbeiteter des heutigen Deutschlands, dem die Not aus Kopf und Stiefeln sieht. Er hat einen „beleidigenden“ Brief an ein Wohnungsamt geschrieben und soll nun dafür büßen. Der Vertreter der Anklage muß die „Beamten“ in ihrer Ehre schlingen. Er ja. Der Tischler war im Felde, hat verschiedene „Knaue“ abbekommen. Dann später im Frieden noch einmal einen „aufs Dach“, durch einen Unglücksfall. Nun ist das Gehör, vom Fabrikärm ohnehin getäubt, nicht mehr gut, die Nerven sind frant und das Herz schadhast. Solche Leute fahren schnell auf, und leicht geht der Jörn mit der hollösen „Konstitution“ durch. Tischler Jung hat Frau und Kinder. Seinem Handwerk ist er nicht mehr recht gewachsen. Ein Versuch, in Bayern eine neue Existenz zu gründen, mißlingt. So borgt er sich von Verwandten ein bißchen Geld und versucht sich durch das Gewerbe aufrecht zu erhalten, das in dergleichen Fällen mit Vorzuebe erhalten muß. Er macht ein Schanklokal auf, wird betrogen und muß nach drei Monaten verkaufen. Es geht nicht anders. Und, Gottlob, ein Käufer findet sich, natürlich ein Ausländer.

Aber da kommt das „Wohnungsamt“. Will jemand behaupten, daß Wohnungsämter Musterbeispiele von schneller, höflicher und — unparteilicher Erledigung sind? Tischler Jung will es nicht behaupten. Man hat den Versenkenden mit Formalien gequält. Junge Herren, ach viel jünger und gesünder als Tischler Jung, haben ihn angepöbeln, wie weiland auf dem Kasernenhof. Sie haben ihn als „Verbrecher“ gegen die Gesetze und vor allem gegen die majestätische Autorität des Wohnungsamtes bezeichnet, was seiner vollstündigen Meinung nach nur ein Mittel war, sich und die Seinen vor dem Verhängnis zu schützen. Weder Wohnungs- noch Verlaufsverbot war von den Herren zu erlangen, obgleich Tischler Jung ganz gewiß alles nach Recht und Gesetz machen wollte. Alles dies schreit der Angeklagte hysterisch in den Schöffengerichtssaal. Und der menschliche Richter wiegt doch bedenkenlos das Haupt, als der „Angeklagte“ meinentlich schiltet, daß die allmächtigen Götter des Wohnungsamtes auch seine Bitten um die nötigen Vermerke zur Erlangung von Lebensmittelkarten höhnisch und grob abgewiesen hätten. Nein, das ist hier ein sehr ehrlich und grimmig überzeugend wirkender Ausschrei, wie er Tausenden „kleiner Leute“ in Berlin seit Jahren nun fast die Brust sprengt. Tischler Jung schrieb seinen Brief und es waren darin Sätze zu lesen, wie „wir müssen die Groschen bezahlen, damit die Jungen Herren vom Wohnungsamt sich ablehnen können“ und „Wer heut 'ne Wohnung braucht, wird gründlich angehaucht“ und „der Wohnungsamtzirkus ist purer Schwinkel“ und „Ausländer, Elowenen, Elowaten und anderes Paß, die be-

kommen Wohnung! Wie kommt das denn? Laßt da nicht so'n Bengel?“ Leider hat der Tischler Jung auch noch hinzugefügt, ob er „etwa 500 Mk. bezahlen solle?“ Das brachte ihn auf die Anklagebank.

Tischler Jung, der den Kopf auf den Armen, gebrochen seines Urteils wartet, wird freigesprochen, und die majestätischen jungen Herren des Wohnungsamtes werden aus der Begründung des menschlichen Richters, so sachlich und juristisch ihre Form war, beim besten Willen keine Liebeserklärung für sich heraushören können...

## Die Streiklust der Markthallenhändler. Ein zweischneidiges Schwert.

Die streikenden Standinhaber der Zentralmarkthalle hatten gestern eine Versammlung, in der sie zu der vom Magistrat geschaffenen Kooperationsaktion Stellung nahmen. Sie glaubten, dem Magistrat einen Mißerfolg prophezeien zu können. Inzwischen hat der Polizeipräsident an die Obst-, Gemüse-, Fisch- und Räucherwaren-Großhändler der Markthallen folgende Mahnung gerichtet:

„Dem Recht des Handels auf ungehinderte Ausübung seiner Tätigkeit und auf Schutz derselben durch den Staat steht die Pflicht gegenüber, auch die in seinen Händen ruhende Befolgung der Bevölkerung tatsächlich zu erfüllen. Der bezogene Streik geht, nach Darstellungen des Magistrats, von falschen Voraussetzungen aus. Die Stadt treibt keine Gewerbe mit der Vermittlung der Stände, sie darf gefehlich nicht mehr dafür nehmen, als ihre Selbstkosten betragen. Nur durch die Papiergeldentwertung gezwungen, hat sie die Standgebühren erhöht, um die Erhaltung der Markthallen zu sichern. Die nötig gewordenen Aufschläge sind so bemessen, daß sie die Unkosten nicht einmal völlig decken. Im Verhältnis zum Preise der Waren sind sie so gering, daß der Kleinhandelspreis dadurch nur unwesentlich erhöht wird. Eine Einstellung des Handels seitens sämtlicher Großhändler, die auf Grund besonderer behördlicher Erlaubnis zum Handel zugelassen sind, steht heute doppelt wertvolle Vorräte an Lebensmitteln der Gefahr des Verderbens aus und gefährdet bei längerer Dauer die Versorgung der Bevölkerung der Stadt. Händler, die ohne Not zu einem derartigen, das Gesamtwohl im höchsten Grade bedrohenden Mittel greifen, müssen für unzuverlässig im Sinne der Bekannmachung über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 angesehen werden. Sollte der beteiligte Großhändler nicht die erforderliche Einsicht dafür aufbringen und nicht im Laufe des heutigen Tages die durch seine Zulassung zum Großhandel der Bevölkerung gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfüllen, so sieht sich der Polizeipräsident gezwungen, auf Grund der angezogenen Bekannmachung mit Handlungsbefugnis vorzugehen.“

Diese Bekannmachung des Polizeipräsidenten dürfte die Großhändler belehren, daß der Streik für sie zu einem zweischneidigen Schwert werden kann.

## Das Ende der „August-Klaufe“.

Eine Pasterhöhle schlimmster Art wurde in der Nacht zum Sonntag im Zentrum der Stadt ausgehoben. Es handelt sich um die „August-Klaufe“ in der Auguststraße, deren Inhaber, der 35 Jahre alte Schankwirt Friedrich Bod wegen schwerer Kuppelei festgenommen wurde, ebenso eine Anzahl junger Buryschen unter 18 Jahren, die sich bei ihm verborgen hielten. Unter diesen befand sich ein noch nicht 14 Jahre alter Junge, der seinen Eltern entlaufen war und bei Bod Unterschlupf gefunden hatte. Auf eine Anzeige der Eltern und mehreren anderen Beschwerden hin, schritt die Kriminalpolizei zur Aushebung des über längere Zeit verbotenen Lokals. Bod betrieb das Lokal zusammen mit einem Klavierpieler Albert Schnell, der in den Kreisen der Homosexuellen sehr bekannt ist. Auf Inzerate in der „Freundschaft“ hin hatten beide, die dort „angenehmen Aufenthalt für Ausländer“ ankündigten, regen Zuspruch von anders veranlagten Männern. Schnell sorgte nun dafür, daß diese junge Buryschen antrafen, die von ihm und Bod zum Teil gewaltsam nach dem Lokal verschleppt wurden. Während das Lokal zunächst einen ganz unauffälligen Eindruck machte, spielten sich in einer Kellerstube, die durch eine Stelltür hinter dem Schanklokal zu erreichen war, wilde Orgien ab. In diesem Kellerloch wurden auch beim Einfallen der Kriminalbeamten wieder mehrere junge Buryschen angetroffen. Bod unterhielt außer dieser Pasterhöhle auch noch ein Kuppelquartier in der Elbasser Straße, wo er eine Anzahl Mädchen untergebracht hatte. Er wurde festgenommen und sein Lokal geschloffen. Sein Helfershelfer, der Klavierpieler Schnell, befand sich wegen eines Augenleidens in einem Krankenhaus.

(Kochbuch verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

# Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

## 1. Die Form wird gegossen.

1.

Die Kompagnie war aufmarschiert, jeder einzelne Mann sah geradeaus vor sich auf den leeren Paradeplatz, wo die aufgeschüttete Kokschaufel vom Rot des Abends überleuchtet wurde. Der Wind, der den Geruch von Baracken und Krankenhäusern mit sich trug, schmeckte leicht nach dem Fett der Feldküche. Auf der anderen Seite des weiten Feldes schoben sich lange Linien von Männern langsam in eine schmale hölzerne Baracke, die als Speiseraum diente. Das Rinn angelegt, die Brust heraus, die Beine zuckend und ermüdet vom Nachmittagsmarchieren, stand die Kompagnie in Reih und Glied. Sie starrten alle geradeaus, mit vagen, resignierenden Blicken; manche versuchten, sich zu unterhalten, indem sie jeden Gegenstand in ihrem Gesichtsfeld lozulagen mit den Augen notierten — die ausglühenden Aschehaufen, die langen Schatten der Baracken und Speisehäuser, wo man die Leute herumstehen sah, spuckend, rauchend, sich an aufgestellte Wände lehnd. Es war so still, daß man die Taschenuhren ticken hören konnte.

Jemandem bewegte sich und machte mit seinen Füßen ein knirschendes Geräusch auf dem Aschengrund.

Die Stimme des Sergeanten bestellte: „Stramgestanden! haltet die Beine zusammen!“

Die Leute, die dem Sergeanten am nächsten standen, sahen ihn aus den Augenwinkeln heraus an.

Zwei Offiziere, ganz weit draußen auf dem Paradeplatz, näherten sich. Ihre Gesten und Bewegungen zeigten den aufmarschierten Soldaten schon von weitem, daß sie über irgend etwas sehr Amüsantes sprachen. Einer der Offiziere lachte kindisch, drehte sich um und ging langsam zurück über den Paradeplatz. Der andere, der Leutnant, kam lächelnd näher. Wie er vor der Kompagnie stand, verließ das Lächeln seine Lippen; er schob das Rinn vor und machte seine Schritte schwer und hart.

„Sergeant, Sie können die Kompagnie abtreten lassen.“

Die Stimme des Leutnants brach mit einem harten Stakkato ab.

Des Sergeanten Hand erhob sich zum Gruß, wie das Haltesignal eines Zuges.

„Kompagnie! ... abtreten!“ sang es aus ihm heraus.

Die aufmarschierte Linie der Soldaten in Kaki löste sich in eine Masse verschiedener Individuen mit staubigen Schuhen und staubigen Gesichtern auf. Zehn Minuten später schwenkten sie ab und marschierten in Gliedern zu je vieren zum Essen. Einige rote Reihen elektrischer Birnen warfen ein trübes Licht durch den Staub in die bräunliche Dunkelheit; die langen Tische und Bänke strömten einen unbestimmten Geruch von Abfall aus, der sich mit dem Geruch der Desinfektionsmittel, mit denen man die Tische nach der letzten Mahlzeit abgemacht hatte, zu einer unangenehmen Mischung vereinigte. Die Soldaten, die ihre ovalen Schnäpse vor sich hielten, standen in langen Reihen an den großen Zinkbalken der Tür, aus der in regelmäßigen Abständen von einem schweißtriefenden Kompagnieloch in blauem Kittel Fleisch und Kartoffeln in die Keller hineingespritzt wurden.

„Mach' heut Nacht nich so'n böses Gesicht,“ sagte Fuselli zu dem Manne ihm gegenüber und kramelte sich die Kermel auf, während er sich über das dampfende Essen beugte. Er war ein strammer Burysch mit krauem Haar und breiten Lippen, die er hungrig beim Essen mit der Zunge beledete.

„Laß doch,“ sagte der rosige, blondhaarige Jüngling ihm gegenüber, der seinen breitrandigen Hut mit einer gewissen Lebhaftigkeit schief auf der einen Seite des Kopfes trug.

„Ich habe einen Urlaubsschein für heute,“ sagte Fuselli und warf seinen Kopf stolz empor.

„Du willst dich wohl mal richtig amüsieren?“

„Mensch ... ich habe ein Mädchen zu Hause, hinten in Frisco.“, ein gutes Kind.“

„Hast recht. Man darf sich mit den Mädels in dieser gottverfluchten Stadt nicht einlassen ... sind alle nicht sauber. Das heißt, wenn man übersee gehen will.“ Der blondhaarige Jüngling beugte sich voll Ernst über den Tisch.

„Ich will mir noch was zum Fressen holen. Warte auf mich,“ sagte Fuselli.

„Was willst du in der Stadt anfangen?“ fragte der Blondhaarige, als Fuselli zurückkam.

\*) Frisco = amerikanische Abkürzung für San Francisco.

„Weiß nicht — bißchen rumgehen und mal in ein Kino schauen,“ antwortete der und füllte seinen Mund mit einer dicken Kartoffel.

„Donnerwetter, jetzt ist's aber Zeit, sich hier zu verziehen,“ hörten sie eine Stimme hinter sich.

Fuselli stopfte sich den Mund schnell noch so voll, wie es eben nur ging und warf den Rest seines Essens widerwillig in einen Abfalleimer.

Einige Augenblicke später stand er stramm in einer Kahlirreihe, die genau so aussah, wie die hundert anderen Kahlirreihen, die den ganzen Paradeplatz füllten; das Signalthorn am anderen Ende, wo die Fahnen aufgestellt waren, tönte laut. Irgendwie erinnerte es ihn an den Mann hinter dem Schreibtisch im Anwerkbureau, der damals, als er ihm die Marschpapiere aushändigte, gesagt hatte: „Ich wünschte, ich könnte mit ihnen gehen“ — und der eine weiße, knodige Hand hinstreckte, die Fuselli nach kurzem Hörgern in seine eigene braune Lohse genommen hatte. Der Mann hatte voller Begeisterung hinzugefügt: „Es muß großartig, wirklich großartig sein, die Gefahr zu fühlen, die Möglichkeit, jeden Augenblick sein Leben zu verlieren! Viel Glück, mein Lieber! Viel Glück!“ — Fuselli erinnerte sich recht unangenehm an das papierweiße Gesicht und an den grünen Schein seines kalten Kopfes; aber die Worte, diese schönen Worte, hatten ihm die Brust schwellen lassen, und als er das Lokal verließ, hatte er sich wie eine harte Bürste an einer Gruppe von Männern vorbei durch die Tür hinausgeschoben. Sogar jetzt noch gab ihm die Erinnerung, die mit den Klängen der Nationalhymne in ihm aufwuchs, ein Gefühl von Wichtigkeit und Bedeutung.

„Rechts ... schwenk! Marsch!“ kam ein Befehl. Knirsch ... ging es durch den Kies. Knirsch ... Die Kompagnie marschierte zurück zu ihren Baracken. Er wollte lächeln, weil er bis Ritternacht Urlaub hatte, weil er in zehn Minuten außerhalb des Stützpunktes sein würde, außerhalb des grünen Balkens und der Wachen, außerhalb des strengen elektrischen Drahtes. — Knirsch ... knirsch ... knirsch: oh, wie waren sie langsam beim Rückmarsch zu den Baracken, und man verlor so viel Zeit, kostbare, freie Minuten! „Hopp, hopp, hopp!“ schrie der Sergeant und starrte, mit seinem aufreizenden Aufdoggenausdruck auf dem Gesicht gerade immer dorthin, wo irgendeiner aus dem Schritt gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

### Wochenkarten zu zweierlei Preisen.

Mit den Wochenkarten der Stadt- und Ringbahn ist es bei der diesmaligen Preiserhöhung manchen Leuten sonderbar ergangen. Wer seine Wochenkarte noch am 30. oder 31. Dezember kaufte, bezahlte den alten Preis von 120 M. Wer sie aber am 1. oder (wie es wohl meist geschah) erst am 2. Januar kaufte, erhielt zwar dieselbe Karte, doch mußte er mehr als das Doppelte zahlen, 250 M. Das bedeutet eine Strafe für den, der die Eisenbahn an den beiden ersten Wochentagen nicht benutzt hat. Ob Leute, die sich am 31. Dezember eine Monatskarte kauften, gleichfalls noch den alten Preis zu zahlen hätten, konnte unser Gewährsmann nicht erfahren. Für die Zukunft wird er sich das merken und rechtzeitig auf der Eisenbahn spazieren fahren, wenn er dabei über 100 Proz. verdienen kann. Für diesmal aber richtet er an die Eisenbahnverwaltung die Bitte, die Ungerechtigkeit dadurch wieder gutzumachen, daß bei Bezahlung der nächsten Wochenkarte die am 1. Januar oder später gelöste Karte mit 120 M. in Zahlung genommen wird. Wir können die Ungleichheit der Preise nur für ein Versehen halten und glauben, daß eine Rückzahlung des überforderten Betrages nicht verweigert werden wird.

### „Der schwarze Herr oder der blonde Herr“.

Ein ganz gefährlicher Schwindler hat es darauf abgesehen, harmlose und hilflose Kaufleute ihrem Geschäft gegenüber in die schwerste Verlegenheit zu bringen. Einer dieser Gauner machte sich an den Kaufmann eines Pelzgeschäftes heran, der ein Paket mit drei Perlamurmehlpelzen im Werte von drei Millionen Mark zu besorgen hatte. Durch allerlei Fragen erweckte er den Anschein, daß er bei der Firma bekannt sei und daß dann den Kaufmann, für ihn einen Gang zu besorgen. Dazu gab er ihm auch Geld mit. Als Sicherheit hierfür ließ er sich vom Kaufmann das Paket mit den Pelzen geben und verschwand damit, sobald der Kaufmann seinen Gang angeht. Dieser Schwindler treibt die Spezialität gewerbsmäßig. Er spricht die Kaufleute, die er mit einem Paket auf der Straße sieht, in der Regel mit der Frage an, ob der schwarze Herr oder auch der blonde Herr noch bei der Firma sei. Diese Ankündigung führt dann zu weiteren Fragen und Auskünften, bis der Kaufmann die Ueberzeugung gewonnen hat, es mit einem Bekannten der Firma zu tun zu haben, dem er eine Gefälligkeit nicht abschlagen darf. Der Schwindler, vor dem die Geschäftsinhaber ihre Botten warnen müssen, ist mittelgroß und blond, etwa 25 bis 30 Jahre alt, und schlank. Er hat ein volles, frisches, hartes Gesicht und geht modern gekleidet und besonders mit modernem Hut und spitzen Schuhen.

### Ein Protest der Kriegsoffiziere.

Eine kürzlich nach den Sophien-Sälen einberufene Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsoffiziere war sehr gut besucht. Der Referent Liedt legte an Hand umfangreicher und einwandfreier Materialien dar, wie man in den letzten zwei Jahren den Kriegsoffizieren immer mehr den realen Wert der Rente geraubt hat. Das Versprechen, das man bei Schaffung des RVG im Jahre 1920 gab, nämlich die Renten der jeweiligen Leistung anzupassen (§ 37), sei von der Regierung nicht gehalten worden. Er führte an einigen Beispielen vor Augen, wie elend die Versorgung selbst bei den gänzlich erwerbsfähigen, auf fremde Pflege angewiesenen Kriegsoffizieren ist. Weiter legte er dar, wie stark die Lebenslage der Kriegsoffiziere im Vergleich zu den Reichsbediensteten gesenkt worden ist. Die neue Novelle, schon längst den Kriegsoffizieren versprochen, werde nach Auffassung der Organisationen durchaus keine Verbesserung der Existenzmöglichkeit bringen. Nach einem kurzen Schlußwort wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der vom Reichsarbeitsministerium gefordert wird, die Vorschläge der Organisationen zur Novelle zu akzeptieren, da selbst dann die Lage der Kriegsoffiziere keine genügende sei. Weiter wird von den Vertretern im Parlament ebenfalls verlangt, nur für diese Forderungen einzutreten und sich in kein Kompromiß einzulassen. Zum Schluß verpflichteten sich die Kriegsoffiziere, mit ihren geliebten Kollegen den Kampf gegen die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsgrundlage mit allen Mitteln zu führen.

### Siedlertagung in Berlin.

Der Reichsbund für Siedlung und Bachtung, der rund 50 000 Mitglieder umfaßt, hielt am vergangenen Sonnabend im Reichstagsgebäude seine Generalversammlung ab. Vor 120 Delegierten erstattete der Bundesvorsitzende Hoeft den Jahresbericht. In der anschließenden Diskussion wurde darüber geklagt, daß die Durchführung des Reichsiedlungsgesetzes von den Großgrundbesitzern immer noch verhindert werde. Es wurde gefordert, daß die Kulturämter das Recht erhalten müßten, bei schlechter Bewirtschaftung seitens des Großgrundbesitzers, die Acker sofort an die Siedlungsanwärter zu übergeben. Ein Delegierter warf den Gemeindefunktionären vor, daß sie nicht immer siedlungsfreundlich seien. Die weitere Aussprache veränderte sich zu der Forderung eines Ergänzungsgesetzes für das Reichsiedlungsgesetz, um einerseits alle Kräfte für die Landwirtschaft frei zu machen und andererseits den Zulauf zur Industrie zu vermindern. Für einen Volksentscheid zugunsten eines solchen Gesetzes sind bereits 49 000 Unterschriften beim Reichsministerium abgegeben.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles der Tagesordnung referierte Administrator Moritz über Deindlandkulturen. Er empfiehlt u. a. Zusammenhänge mit anderen Organisationen teils im Interesse der Förderung der Bestrebungen der Siedler, teils zur Schaffung eines Gegengewichts gegen den Landbund.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Bemessung des Lebenswages vom Arbeitslohn wird durch eine Befragung des Landbesitzersammlers Groß-Berlin vom 1. Januar ab neu festgelegt (siehe Anzeigenteil).

### Bluttat in der Familie.

Am Dienstagabend erhielt der Werkzeugmacher Albert Schauer, Wilhelmstr. 134, den Besuch seines Schwiegervaters, des 48 Jahre alten Arbeiters Max Jurras aus der Urbanstr. 25, und dessen auf Urlaub befindlichen Sohnes, des Bergmanns Max Jurras aus Buer in Weiffalen. Gegen 7 1/2 Uhr geriet Schauer und sein Schwiegervater in einen Streit, in dessen Verlauf Schauer ein Messer zog und seinen Schwiegervater durch einen Stich in die rechte Hand schwer verletzte. Als der Sohn des Gestochenen dazwischen sprang, stach Schauer auf diesen ein und verletzte ihn durch mehrere Stiche in der Herzgegend, am Kinn und am Unterleib, so daß er zusammenbrach. Während man den Schwerverletzten nach dem Urbanfrankenhaus transportierte, wurde sein Vater auf der nächsten Rettungsstelle verbunden. Die Ursache des Streites bedarf noch der Klärung.

Die heutige Verhandlung im Klante-Prozess, die um 10 Uhr beginnt, wird die Entscheidung darüber bringen, ob der Prozess Klante, der bereits ungeheure Kosten verschlungen hat, überhaupt zu Ende geführt werden kann oder nicht. Für den Fall der Ausdehnung der Verhandlung gegen den Hauptangeklagten wird das Gericht auch darüber sich schlüssig werden müssen, wie weit das Verfahren gegen die übrigen Angeklagten sich abtrennen läßt.

Der gestohlene Bogen. Einem gleichen Geschiebe wie das Gänsefieser auf dem Nikolburger Platz ist jetzt die Bogengruppe auf dem Preußenplatz in Berlin-Wilmersdorf anheimgefallen. Von den beiden aus Bronze gefertigten Bogern, die sich dort in Kampfstellung gegenüberstanden, ist in der vergangenen Nacht die rechte Figur abgetrennt und gestohlen worden.

Weitere Schuldenverhöhung? Die Stadterordnetenversammlung hatte beschlossene, vom 1. Januar ab das Schulgeld in den höheren Lehranstalten auf 3000 M. und in den Mittelschulen auf 2400 M. festzusetzen. Der Magistrat ist diesem Beschluß nicht beigetreten, weil die Geldentwertung dauernd weitere Fortschritte macht und die Ausgaben dauernd steigen. Er hat beschlossen, die Stadterordneten um die Zustimmung zu ersuchen, daß vom 1. Januar ab das Schulgeld in den höheren Lehranstalten der Geldentwertung entsprechend wesentlich erhöht wird. In anderen Städten erhebt man schon ein Schulgeld von 6000 M.

### Streikbeschluss der Leipziger Mieterschaft.

Der von den Behörden für Groß-Leipzig festgesetzte Zuschlag von 4100 Proz. zur Grundmiete hat unter der Leipziger Mieterschaft lebhaften Unwillen hervorgerufen, so daß schon in der vorigen Woche in einigen Vororten von den Mietern beschlossen wurde, in den Mieterstreik zu treten. Um auch den übrigen Mietern von Groß-Leipzig Gelegenheit zu geben, zu der Streikfrage Stellung zu nehmen, hatte der Mieter-Schutzverband am Sonntag zehn öffentliche Versammlungen einberufen, die alle stark besucht waren. Nach eingehenden Referaten und lebhafter Aussprache, in der die geforderten Mietzuschläge als viel zu hoch und ungerechtigt bezeichnet wurden, gelangte überall eine Entschiedenheit zur Annahme, in der gesagt wird, daß die Mitglieder des Leipziger Mieterschutzverbandes, der ca. 100 000 Mieter umfaßt, geschlossen in den Mieterstreik treten und die Zahlung der Miete so lange verweigern, bis den berechtigten Ansprüchen der Mieterschaft Rechnung getragen und die hohen Zuschläge bedeutend herabgesetzt werden.

Das Baseler Goetheaneum eingeschert. In der Neujahrnacht ist das Goetheaneum in Darmstadt bei Basel in Flammen aufgegangen. Noch am Abend zuvor hatte ein Vortrag von Dr. Rudolf Steiner im großen Kuppelraum stattgefunden. Um 10 Uhr hatten die letzten Besucher den Bau verlassen und kurz darauf wurde von einem Wächter Rauch bemerkt, der sofort die Feuerwehren alarmierte. Die Konstruktion im Innern der westlichen Außenwand des Südflügels stand in Flammen. Nach einer offiziellen Mitteilung des Goetheaneums ist Kurzschluss als Brandursache ausgeschlossen, vielmehr sprächen verschiedene Anzeichen für Brandstiftung von außen her. Am Mitternacht durchbrach das Feuer in einer riesigen, weithin sichtbaren Flamme die große Kuppel, womit das Schicksal des Baues besiegelt war. Die benachbarten Bauwerke konnten gerettet werden. Der Bau war staatlich versichert. Der Wiederaufbau soll schnellstens in Angriff genommen werden.

Die eigenen Kinder vergiftet. Die drei kleinen Kinder eines elksässigen Pächterspaars in Frankfurt a. M. wurden gestern in der elterlichen Wohnung tot aufgefunden. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die Kinder vergiftet worden sind. Die Eltern sind unter dem dringenden Verdachte des Giftmordes verhaftet worden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kassierer! Die neuen Beitragsmarken für Januar zu 25 M. und 10 M. sind schon im Bureau eingetroffen. Die Kassierer, welche die Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. — Alle bis Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, nicht abgeholtten Marken werden am 8. Januar 1923 durch die Post zugestellt.

A. A. A. Pagels.  
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Versammlung aller Mitglieder am Freitag, den 5. Januar, 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 2, Hof 2 Treppen. Vortrag des Genossen Salloren, Reichsleiter des Vereins der Kinderfreunde in Ostpreußen. Die wichtigsten der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutzkommissionen sind willkommen.  
Arbeitsgemeinschaft Programmkomitee. 2. Teil. (Wirtschaftsfragen ufm.) Genossin Bohm-Schub, R. d. A. Donnerstag, den 4. Januar, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8, 1. Hof parterre.  
3. Kreis. Gebirg. Mittwoch, den 3. Januar (brute), 7 1/2 Uhr, Konferenz aller Funktionärinnen (Wahlungsleiterin, Wohlfahrt und Kinderschutz) im Ledigenheim, Schönhaiderstr. 1, Zimmer 122/123, 1 Treppen.

- 7. Kreis. Charlottenburg. Donnerstag, den 4. Januar, 7 Uhr, engere Sitzung im Rathaus, Sitzungszimmer 1.
- 8. Kreis. Wilmersdorf. Donnerstag, den 4. Januar, 8 Uhr, bei Röllsch, Heideberger Platz 1, Sitzung des Bildungsausschusses.
- 14. Kreis. Neukölln. Leitungskommission der Bezirks. Donnerstag, den 4. Januar, 7 Uhr, in der Arbeiter-Bibliothek, Donaustr. 130. Thema: „Der Vorwärts“. Ref. Gen. Fiedler, Prof. der Pressekommission.
- 17. Kreis. Köpenick. Donnerstag, den 4. Januar, 7 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Gustav Tempel, Gudenstr. 7. Der engere Kreisvorstand um 6 1/2 Uhr.
- 2. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 5. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Genossen Ostwert, Trümpfer, Hensburger Str. 3, engere Kreisvorstandssitzung. Persönliches Erscheinen erwünscht.

### Heute, Mittwoch, den 3. Januar:

- 104. Vst. Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Beamten- und Betriebsvereinsmitglieder im Konferenzzimmer der Kreisbesitzung, Röhmer Str.
- 135. Vst. Reinickendorf-Öst. 8 Uhr Funktionärsitzung im Jugendheim Geseh, Reifendammstr. 49. Vorher um 7 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes.

### Frauenversammlungen am Mittwoch, den 3. Januar:

- 79. Vst. Schöneberg. 7 1/2 Uhr bei Frau Gebanstr. 17.

### Morgen, Donnerstag, den 4. Januar:

- 10. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Frau, Hensburger Str. 2. Die Delegierten mitbringen.
- 11. Vst. Pankow. 7 1/2 Uhr bei Frau, Gohlisstr. 34, wichtige Funktionärsitzung. Sämtliche Delegierte und die drei Neuzugeworbenen werden bestimmt erwartet.
- 24. Vst. 7 Uhr Sitzung des gesamten Vorstandes mit den Bezirksleitern in der Pabststr. 10, 1. Hof parterre.
- 25. Vst. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Frau, Prenzlauer Allee 123. Erledigen aller Bezirksleiter dringender Angelegenheiten.
- 32. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung der Schule, Gohlisstr. 34, Zimmer 15.
- 33. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung der Schule, Gohlisstr. 34. Die Funktionärsitzung der Abteilung hat eine Besprechung darüber.
- 34. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Frau, Gubenstr. 19.
- 35. Vst. 7 1/2 Uhr bei Frau, Schönhaiderstr. 18, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Reichsparteiorganisatorische und Einzelbeiträge.
- 38. Vst. Wilmersdorf. 7 Uhr engere Vorstandssitzung, 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Restaurant Union, Gieseler, des Wegenerstr.
- 135. Vst. Weissenhof. 7 1/2 Uhr im Zimmer 21 des Rathauses, Sitzung des engeren Vorstandes.
- 141. Vst. Neukölln. 7 Uhr Schule Schillerstr. 10, Funktionärsitzung. Jungfunktionäre, Gruppe Tempelhof-Mariendorf. 7 1/2 Uhr Lokal Komitee, Tempelhof, Weissenhof, oder Neue Straße, Vorortabend.

Ellerbeiträge. 13. Verwaltungsbereich Tempelhof. Freitag, den 5. abends 7 Uhr, Sitzung in Mariendorf, Volgelienstraße, Zimmer 10. Wichtige Angelegenheiten. Jede Schule muß vertreten sein. Die Einladung gilt auch für die nichtgewählten Elternbeitragskassen des Bezirks.  
Jungfunktionäre. Freitag, den 5. Januar, 6 Uhr, Sitzung der Rekrutierungskommission. — Sonnabend, den 6. Januar, 4 Uhr, im Landtag, Preis-Wirtschaftsamt, Zimmer 24, Arbeitsaufstellung. Wichtige Angelegenheiten. — Die Sammelblätter für 3. M. müssen spätestens bis Sonnabend, den 6., im Bureau, Lindenstr. 3, abgereicht sein.  
12. Kreis. Tempelhof, Mariendorf, Mariensiedel und Lichterfelde. Der Morgenbesuch des „Vorwärts“ vom 3. Januar liegt ein Winterprogramm und ein Aufruf der Bibliothekskommission bei. Die Genossen werden dringend gebeten, an Hand dieses Materials eine rege Propaganda zu entfalten und evtl. Eingänge an den Vorstehenden Genossen Günther, Mariendorf, Rurlickestr. 19, abzuliefern.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.  
Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 3. Januar:  
Köllnberg bei Grünau. Jugendheim Gemeindehaus Köllnberg. — Friedrichshagen. Jugendheim Berliner Str. 44. — Friedrichshagen. Jugendheim Schornmühlstr. 100. — Gesundbrunnen. Jugendheim Gemeindehaus Gieselerstr. 2. — Rosenthal. Jugendheim Angulie-Bistoria-Str. 20, Gemeindehaus. — Prenzlauer Vorstadt. Jugendheim Gemeindehaus Gieselerstr. 20. — Köpenicker Vorstadt. Jugendheim Gemeindehaus Gieselerstr. 20. — Dischmannstr. — Unsere Aufgaben als proletarische Jugend. — Schöneberger Vorstadt. Jugendheim Gemeindehaus Gieselerstr. 20. — Schöneberg III. Jugendheim Schule in der Gieselerstr. 20. — Rietzburger Viertel. Jugendheim Gemeindehaus Gieselerstr. 15-16. — Tempelhof. Jugendheim Rinderortstr. 6-7.

### Arbeitersport.

Arbeitersport! Karabagruppe des 4. Bezirks. Sonnabend, den 6. Januar, Gruppenversammlung in Kontakt im Restaurant „Sportplatz“, Kaiser-Wilhelm-Str. 4, Beginn 8 Uhr. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Vereine Vertretung senden.  
Arbeitersportverband Naturfreunde. Ortsgr. Nordost. Heute abends 7 1/2 Uhr Jahresgeneralversammlung im Jugendheim, Christburger Straße (Schule). Wegen wichtiger Tagesordnung muß jeder erscheinen.  
Berliner Arbeitersportklub. Abteilung Nordwest. Sonnabend, den 6. Juni, 8 Uhr, in den Arminiusbällen, Bremer Straße 73, Vierteljahresversammlung. — In beiden Fällen am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, Schachwettkämpfe zwischen Nordwest und Arbeitersportklub Spandau. Anschließend gemeinsames Beisammensein. Gäste willkommen. Eintritt frei.

### Resultate der Hockey-Wettkämpfe.

Die R. S. B. Bezirk Hockey veranstalteten am Silvesterabend Wettkämpfe auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft Wilmersdorf. Trotz des schlechten Wetters, worunter die Spiele sehr zu leiden hatten, folgten die Zuschauer mit größter Aufmerksamkeit. Folgende Resultate wurden erzielt:

Nichte I-Charlottenburg 1:2; Nichte Iomb.-Holland 0:1; Schöholz-Wilmersdorf 2:4; Nichte III-Nichte IV (Frauen) 0:2. — Wettkämpfe am 1. Januar: Nichte XII 3-2; Nichte XI 1:0.

### Fußball vom 31. Dezember.

Germania-Bellin 2:0; Nichte-Def.-Borussia 0:4; Nichte-Def. 3-Rosenthal 1:0; Helvetia 2-Teutonia 2:5; Nichte-Def. Jug.-Wilmersdorf, 3:0.

### Sport.

Ergebnis des Fußball-Vänderspiels Deutschland-Italien. In dem Fußball-Vänderspiel Deutschland-Italien, das in Mailand abgehalten wurde, siegen die Italiener mit 8:1 (Halbzeit 1:0 für Deutschland). Das Terrain war infolge des vorhergehenden Regens ziemlich ungnädig. Die Deutschen waren bis kurz vor Schluss im Vorsprung. Erst in den letzten 11 Minuten gelang es den Italienern, die entscheidenden Tore für sich zu schießen. 20 000 Zuschauer wohnten dem Spiele bei.

Wetter bis Donnerstagnachmittag. Bismich mild und anfangs noch heiter, dann im Westen, später auch östlich der Oberen Trübung und westwärts fortschreitende Regenzüge bei mäßigen südlichen Winden.

# Rest- & Einzelpaare

wirklich seltene Gelegenheitskäufe!

Nach beendeter Inventur haben wir größere Mengen Rest- u. Einzelpaare zusammengestellt, die in den Innenräumen aller unserer Geschäfte übersichtlich geordnet sind. Wir verkaufen diese Rest-u. Einzelpaare ohne Rücksicht auf den früheren Einkaufswert zu ganz erstaunlich billigen Preisen.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

# Stiller





